

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis pränumerando:
 Vierteljahr 3.30 M., monatlich 1.10 M.,
 wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 abonnement: 3.30 Mark pro Quartal.
 Eingetragen in der Post-Zeitungs-
 Verzeichnisse für 1900 unter Nr. 1971.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgepaltene Kolonne
 je Zeile über deren Raum 40 Pf., für
 politische und gewerkschaftliche Vereins-
 und Versammlungs-Anzeigen 10 Pf.,
 „Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.,
 (nur das erste Wort frei). Inserate für
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
 Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.
 Anzeigenpreis: Amt I, Nr. 1508.
 Telegramm-Adresse:
 „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Brühl-Strasse 2.
Fernsprecher: Amt I, Nr. 1508.

Dienstag, den 29. Mai 1900.

Expedition: SW. 19, Brühl-Strasse 3.
Fernsprecher: Amt I, Nr. 5121.

Die Reform der Unfallversicherung.

II.

Der Mindestbetrag des Sterbegeldes ist von 30 auf 50 M., die Rente für jedes hinterbliebene, waisenloses Kind von 15 auf 20 Proz. des Jahresarbeitsverdienstes erhöht. Außerdem sind die Renten für die Hinterbliebenen eines verunglückten Seemanns dadurch etwas größer geworden, daß die Ausnahmeverbestimmung des alten Gesetzes gestrichen wurde, und von jetzt ab für diese Renten auch die Befristung als Lohn in Anrechnung gebracht werden muß. — Dieselben Renten sind jetzt auch bewilligt worden den hinterbliebenen Kindern einer alleinstehenden Arbeiterin, ferner dem Wittwer und den Kindern einer Hauswirtschafterin, die den Lebensunterhalt ihrer Familie wegen Erwerbsunfähigkeit ihres Manns ganz oder überwiegend bestritten hatte, und endlich elternlosen, bedürftigen Entlein, deren Lebensunterhalt ebenfalls ganz oder überwiegend durch den Verstorbenen bestritten worden war. Besonders berücksichtigt ist der Fall, daß der Mann einer verunglückten Arbeiterin zwar erwerbsfähig ist, aber trotzdem nicht für seine Familie gesorgt hatte, so daß die Sorge für den Unterhalt der ganzen Familie auf der Witte lastete. Wenn nun auch letztere infolge des Betriebsunfalls nicht mehr für ihre Kinder zu sorgen vermag, dann sind dieselben ganz verlassend. In einem solchen Fall ist die Berufsgenossenschaft nur „berechtigt“, leider nicht „verpflichtet“, den Kindern eine Rente zu gewähren.

Der Eltern und Großeltern ist die Erlangung einer Rente etwas — allerdings nur sehr wenig — erleichtert. Ihr Anspruch hängt nicht mehr davon ab, daß der Verunglückte ihr einziger Ernährer war, sondern davon, daß ihr Lebensunterhalt ganz oder überwiegend durch den Verstorbenen bestritten worden war.

Diese Verbesserungen verlieren jedoch einen guten Teil ihres Werts, daß auch fernerhin die Renten der Hinterbliebenen insgesamt 60 Proz. des Jahresarbeitsverdienstes nicht überschreiten dürfen. Hatte der Verstorbene 2 oder mehr Kinder, so nehmen die Renten für die Witwe und 2 Kinder die 60 Proz. des Arbeitsverdienstes vollständig in Anspruch, und alle andern Hinterbliebenen gehen trotz ihres Rechts auf Anspruch leer aus. Dies ist um so schämlicher, weil nach der neuen Fassung des Gesetzes den Hinterbliebenen auch dann, wenn sie einen Anspruch auf Rente nicht haben, das allen andern Menschen zustehende Recht auf Entschädigung des durch Fahrlässigkeit des Unternehmers verursachten Schadens ausdrücklich abstrahiert worden ist.

Von größerer Bedeutung für die Praxis ist die Verbesserung, daß die Versicherung erweitert worden ist auf häusliche und andere Dienste, zu denen die Arbeiter neben der Beschäftigung im Betriebe von ihrem Unternehmer oder dessen Beauftragten herangezogen werden. Außerdem sind die bisherigen Bestimmungen über den Ausschluß der Entschädigungen in zwei Punkten eingeschränkt worden. Ohne einen Anspruch auf eine Rente steht diejenige Witwe da, welche den Verunglückten erst nach dem Unfall geheiratet hatte. Für besondere Fälle ist jetzt den Berufsgenossenschaften das Recht eingeräumt, auch solchen Witwen eine Rente zu gewähren. — Nach dem See-Unfall-Versicherungs-Gesetz waren von der Versicherung ausgeschlossen diejenigen Unfälle, welche der Versicherte während des Urlaubs erleidet. Diese Bestimmung ist so geändert, daß dem Seemann, der während eines Urlaubs von einem Unfall betroffen wird, der Entschädigungsanspruch erhalten bleibt: 1. wenn der Unfall sich auf dem Wasser ereignet, in allen Fällen, 2. bei einem Unfall auf dem Lande dann, wenn der Verunglückte das Schiff nicht in eigenen Angelegenheiten verlassen hatte.

Dafür sind aber nach dieser Richtung hin mehrere Verschlechterungen ins Gesetz gebracht worden. So „kann“ der Entschädigungsanspruch ganz oder teilweise abgelehnt werden, wenn der Verletzte den Unfall bei Begehung eines durch strafgerichtliches Urteil festgestellten Verbrechen oder vorsätzlichen Vergehens sich zugezogen hat.

Überdies ist eine ganz neue Einrichtung geschaffen worden: das Ruhen der Rente, d. h. daß zwar der Anspruch der Rente bestehen bleibt, die Rente selbst aber für eine gewisse Zeit nicht ausbezahlt wird. Dieser Zustand soll eintreten: 1. so lange der Rentenberechtigte die Dauer von einem Monat übersteigende Freiheitsstrafe verbüßt. Die Familie des Rentenberechtigten erhält für diese Zeit die Entschädigungen, die ihr dann zustehen würden, wenn der Inhaftierte infolge eines Unfalls gestorben wäre. Würde diese mehr betragen als die dem Inhaftierten zustehende Rente, so wird diese an die Familie ausbezahlt. Außerdem „ruht“ die Rente, so lange der Rentenberechtigte aus Ländern seinen gewöhnlichen Aufenthalt im Auslande hat. Ist endlich der Rentenberechtigte ein Deutscher, so ruht während seines Aufenthalts im Auslande seine Rente so lange, wie er es unterläßt, der Ausführungsbehörde seinen Aufenthalt mitzuteilen.

Die Seelensteuern verlieren während ihres Aufenthalts im Auslande die fälligen Entschädigungsbeträge, so lange sie auf fremden Kriegsschiffen Dienste thun, oder ohne auf einem deutschen Schiffe angemustert zu sein, es unterlassen, der Berufsgenossenschaft ihren Aufenthalt mitzuteilen.

Ausbezahlt werden die Renten auch fernerhin im voraus und zwar in der Regel in monatlichen Beträgen. Um aber bei kleinen Posten nicht beiden Parteien unnötige Mühe zu machen, sollen Jahresrenten bis zu 60 M. in vierteljährigen Raten ausbezahlt werden, soweit nicht im Voraus anzunehmen ist, daß die Rente vor Ablauf des Vierteljahrs fortfällt. Außerdem dürfen die Berufsgenossenschaften sich mit den Rentenberechtigten dahin verständigen, daß die Zahlung in noch längeren Zeitabständen erfolgt. Als eine Verschlechterung wird sich dagegen der Zusatz erweisen, der die Kapitalbindung bei einer Rente bis zu 15 Prozent der Rente zuläßt.

Einen besonderen Schlag gegen die ländlichen Arbeiter bedeutet der berichtigte „Säuserparagraf“, der von der gewerblichen Unfallversicherung im letzten Augenblicke ferngehalten wurde, in der landwirtschaftlichen Unfallversicherung jedoch verwirklicht worden ist. Bei dieser Gelegenheit ist den ländlichen Arbeitern aber auch eine Verbesserung eingebracht worden durch den Zusatz, daß ihnen ohne ihre Zustimmung die Rente nicht mehr in Naturalien ausgezahlt werden darf, so daß die Auszahlung der Rente in Naturalien nur noch bei denen zulässig ist, deren Namen auf der „Säuserliste“ steht.

Die völlige Rechtlosigkeit der Arbeiter in den Berufsgenossenschaften ist aufrecht erhalten. Dies ist um so nachteiliger für die Arbeiter, da durch die jetzige Reform in einer ganzen Reihe von Fällen Anwendungen an die Berufsgenossenschaften und deren Hinterbliebenen den Berufsgenossenschaften nicht als eine bindende, eventuell durch eine Klage zu erzwingende Verpflichtung auferlegt, sondern von dem guten Willen dieser Unternehmer-Organisationen abhängig gemacht worden sind. — Selbst bei der Feststellung der Entschädigungen in der ersten Instanz bleiben die Arbeiter nach wie vor von der Mitwirkung ganz ausgeschlossen. Dafür ist die Frist, innerhalb deren der Rentenberechtigte sich über die ihm vor der Feststellung der Entschädigung mitzuteilenden Unterlagen für die Bemessung der Renten äußern kann, von 1 auf 2 Wochen verlängert worden. Innerhalb dieser Frist kann der Rentenberechtigte etwaige Wünsche auf anderweitige Erhebungen der miteren Verwaltungsbehörde zu Protokoll geben. Von größerer Wichtigkeit ist die Aenderung, daß die Berufsgenossenschaft das erste ärztliche Gutachten nicht mehr von jedem, ihr genehmen Arzt einholen darf, sondern stets den behandelnden Arzt hören muß. Nur wenn der behandelnde Arzt ein Vertrauensarzt der Berufsgenossenschaft ist, muß auf einen Antrag der Rentenberechtigten ein anderer Arzt gehört werden.

Bei einer angeblichen „Veränderung der Verhältnisse“ kann die Berufsgenossenschaft nur noch in den ersten zwei Jahren nach der ersten endgültigen Feststellung der Entschädigung die letztere ohne weiteres kürzen. Nach Ablauf dieser zwei Jahre darf eine Herabsetzung der Rente nur in Zeiträumen von mindestens einem Jahre vorgenommen werden. Und sind nach der ersten endgültigen Feststellung fünf Jahre vergangen, so steht die Aenderung der Rente nicht mehr der Berufsgenossenschaft, sondern nur den Schiedsgerichten zu.

Der Anspruch auf Entschädigung verjährt auch fernerhin in zwei Jahren. Um aber innerhalb dieser Zeit den Verunglückten bezu. deren Hinterbliebenen die Wahrung ihres Rechts zu erleichtern, ist die Bestimmung hinzugefügt, daß die Frist auch dann als eingehalten gilt, wenn die Anmeldung nicht, wie es bisher vorgeschrieben war, bei dem „zuständigen Vorstand“, sondern bei einem nicht zuständigen Genossenschaftsorgan oder bei einer anderen Berufsgenossenschaft oder bei der für den Wohnort des Entschädigungsberechtigten zuständigen miteren Verwaltungsbehörde und für Seelensteuern bei einem deutschen Seemannsamt im Ausland geschieht. Dieselbe Erleichterung gilt auch bezüglich der Einhaltung der vierwöchentlichen Verjährungsfrist gegen den Vorstand der Berufsgenossenschaft. Für den Fall, daß sich zwei Berufsgenossenschaften darüber streiten, welche von ihnen die Rente zu bezahlen habe, ist die Bestimmung eingeschaltet worden, die zuerst angeprochene Berufsgenossenschaft habe den Rentenberechtigten eine vorläufige Forderung zu teil werden zu lassen und inzwischen die Streitfrage zu regeln.

Die wohl wichtigste Aenderung ist der Ersatz der bisherigen berufsgenossenschaftlichen Schiedsgerichte durch die örtlichen Schiedsgerichte der Invalidenversicherung. Dadurch ist eine viel schärfere und auch bessere Erledigung der anhängig gemachten Klagen zu erwarten, als es bisher der Fall gewesen war. Auch die Zuziehung von beiderseits, durch die Schiedsgerichte ernannten Vertrauensärzten erscheint uns als eine Verbesserung. Verschleudert ist dagegen das Gesetz durch die Bestimmungen, daß den Arbeitern solche Kosten des Verfahrens vor den Schiedsgerichten und dem Reichs-Versicherungsamte zur Last gelegt werden können, welche durch Mitwissen oder durch ein auf Verschleppung oder Irreführung berechnetes Verhalten derselben veranlaßt worden sind, und daß vom Reichs-Versicherungsamte solche Kosten ohne mündliche Verhandlung zurückgefordert werden können, welche von den bei dem Beschluß mitwirkenden Mitgliedern einstimmig für offenbar ungedächtnisfertig erachtet werden.

Auf dem Gebiete der Unfallverhütung ist eine Verbesserung infoweit eingetreten, daß stets vor der Formulierung der Unfallverhütungs-Vorschriften die Vertreter der Arbeiter gehört werden müssen. Diese Verbesserung hat jedoch so gut wie gar keine Bedeutung, da die Arbeiter auch in Zukunft von jeder Einwirkung auf die Leberwachung der Betriebe ausgeschlossen sind. Zugleich ist selbst die materielle Haftung der Unternehmer für ihre Sünden in Sachen der Unfallverhütung fast ganz aufgehoben. Den Berufsgenossenschaften ist nämlich das Recht verliehen, von der Verfolgung des Ertragsanspruchs gegen solche Unternehmer, die einen Unfall durch Fahrlässigkeit im Beruf herbeigeführt haben, ganz oder teilweise abzugehen und überdies eine besondere Versicherung der Unternehmer gegen die Haftpflicht einzurichten. Dafür ist den Berufsgenossenschaften das Recht eingeräumt, daß sie nicht mehr darauf zu warten haben, ob ein solcher fahrlässiger Unternehmer vom Staatsanwalt zur kriminellen Verantwortung gezogen wird, sondern daß sie auch ohne diese Voraussetzung den Unternehmer für den durch seine Fahrlässigkeit verursachten Schaden haftbar machen kann.

Alles in allem muß anerkannt werden, daß durch die Reform der Unfallversicherung eine Reihe von Verbesserungen erzielt worden ist, deren Bedeutung durch die leider ebenfalls vorhandenen Verschlechterungen zwar vermindert, aber doch durchaus nicht ganz aufgehoben ist. Doch nicht mehr erreicht worden ist, trotzdem noch so viele nur zu berechtigte Beschwerden der Arbeiter hätten berücksichtigt werden können und müssen: dafür trifft die Verantwortung das Centrum, das — nach dem glänzenden Vorbilde der National-Liberalen — gegenüber der Regierung und dem hinter ihr stehenden Centralverband der Industriellen fast jede Widerstandsfähigkeit, wenigstens in Arbeiterfragen, eingebüßt hat.

Unter diesen Umständen ist es die Pflicht der Arbeiter, den weiteren Ausbau der Unfallversicherung keine Sekunde aus dem Auge zu verlieren, sondern auch fernerhin durch unermüdete Agitation die allgemeine Aufmerksamkeit auf die trotz der jetzigen Reform der Unfallversicherung noch immer anhaftenden schweren Mängel zu richten. Die jetzige Reform der Unfallversicherung darf nicht der Abschluß der Reform sein, sondern muß zum Beginn einer neuen Reform werden.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 28. Mai.

Die Reinigung der Krankenkassen.

Wir haben schon vor einiger Zeit die offiziellen Anlassungen über die Absichten, die man bei der Novelle zum Krankenversicherungs-Gesetz hat, angezogen. Es war aus den damaligen Andeutungen schon zu entnehmen, daß man nichts Geringeres plant, als den Einfluß der organisierten Arbeiter auf die Kassenverwaltung zu brechen unter dem Vorwand der Verringerung der Verwaltungsstellen. Jetzt wird man noch deutlicher. Im preussischen Verwaltungsblatt schreibt ein Rat des preussischen Handelsministeriums, der Centralbehörde für Krankenkassenwesen, über die kommende Gesetzesvorlage, und darin heißt es:

Bei der Regelung des Kassenwesens dürfte in weitestgehender Weise den Wünschen der Kasse Rechnung getragen werden, zumal durch die vorgeschlagene andre Organisation der Kassen die Verhältnisse eine andre Gestalt annehmen. Diese neue Organisation soll folgende sein: Für den Bezirk einer Gemeinde wird nur eine Orts-Krankenkasse errichtet, der alle im Bezirk der Kasse beschäftigten versicherungspflichtigen Personen angehören müssen. Die Betriebs-, Zimmungs- und Bau-Krankenkassen sind daneben gestrichelt. Arbeitgeber und Arbeitnehmer zahlen die Beiträge zu gleichen Teilen und haben in der Generalversammlung das gleiche Stimmrecht. Die Verwaltung der Orts-Krankenkasse wird an die Verwaltung der Gemeinde angegliedert. Der Vorsitzende der Kasse wird von der Gemeinde aus der Zahl der Kommunalbeamten ernannt.

Da haben wir den ganzen Plan, der sehr klar und einfach ist. Wir werden darauf noch ausführlich zurückkommen. —

Eine neue Prinzenrede.

Der künftige König von Bayern gehört jetzt zu den deutschen Fürsten, deren rednerische Reizung die Öffentlichkeit beschäftigt. Bis hierher trat außer dem Kaiser nur der Großherzog von Baden des Hiesigen mit politischen Ansprüchen hervor. Die andern Landesfürsten brachten vielleicht gelegentlich einmal einen Trinkspruch aus, sonst waren sie schweigsam. Nimmereher gesteht sich als dritter Redner Prinz Ludwig von Bayern zu den beiden.

Neuerdings hat Prinz Ludwig in Koldingen auf einer Wanderversammlung bayrischer Landwirte wieder eine Rede gehalten, in der er betonte, daß er seine Reden vollkommen frei halte und wünsche, es möchten aus im Auszuge verbreiteten Teilen seiner Reden keine Schlußfolgerungen gezogen werden, die er nicht selbst gezogen habe. Der Prinz fuhr dann fort:

Studieren Sie die deutsche Reichsverfassung! Sie werden sehen, daß, wo immer ich aufgetreten bin, ich mich an die Reichsverfassung gehalten habe. Die Reichsverfassung beruht auf den Verträgen, die nach einem siegreichen Kriege der damalige Norddeutsche Bund mit den verbündeten und mit-siegreichen süddeutschen Staaten abgeschlossen hat. Wenn die deutsche Verfassung besser bekannt wäre, so würde man gar viele falsche Ansichten in Reden und Schriften nicht hören und lesen. Ich nenne mit Absicht keine Namen. Denn dann hätte man eine große Aufgabe zu erfüllen. Ueberall und an allen Orten und zu allen Zeiten sind falsche Ansichten vertreten über die Reichsverfassung, und infolgedessen werden vielfach Ansichten geäußert, die sich mit der Reichsverfassung absolut nicht decken.

Ueber den Sinn der Rede kann füglich kein Zweifel bestehen. Es ist deshalb müßig, über einen besonderen äußeren Anlaß zu diesen sonderbaren öffentlichen Veleminissen der inneren Stimmung des Prinzen zu grübeln. Der Prinz wehrt sich offenbar gegen die byzantinischen Verkländer des Imperialismus, die in dem deutschen Kaiser fälschlich einen Souverän über das Deutsche Reich erblicken, nicht, wie es der Verfassung entspricht, einen gleichgeordneten Fürsten unter vielen. Der Prinz betont abermals, daß er kein Sozialist ist.

Die Flottenagitation, die ja in dem imperialistischen Gedanken gipfelt, bot allerdings hinreichendes Material, um eine Abwehr des Prinzen zu begründen. Bekanntlich ist auch der Flottenplan fertiggestellt worden, ehe die Bundesregierungen und Bundesfürsten befragt worden sind. —

Die Wahlen in Belgien

sind am Sonntag ohne besondere Zwischenfälle vollzogen worden. Nach den bisher vorliegenden, noch sehr lückenhaften Nachrichten sind 84 Merkale und 68 Liberale verschiedener Schattierungen und Sozialisten gewählt.

Die Wahlen vollzogen sich, wie bekannt, diesmal unter einem neuen Wahlgesetz. Der Ansturm der Socialdemokraten ist in Belgien seit dem Jahre 1894 ein so gewaltiger gewesen, daß die Merkale, welche seit 1884 unumschränkt die Regierung in Händen haben, erstlich um ihre Vorherrschaft besorgt wurden. Das alte Wahlgesetz, das ein allgemeines, aber nicht ein gleiches Stimmrecht verlieh, schenkte der Merkale Mehrheit nicht mehr sicher genug. Obwohl die Besitzenden zwei und drei, die Besitzlosen nur eine Stimme hatten, mußten die Merkale befürchten, bei den jetzigen Wahlen in die Minderheit zu gelangen. Sie änderten das Wahlrecht, um ihre Herrschaft noch länger aufrecht zu erhalten. Das Proportionalwahlsystem gelangte zur Einführung; die alte Bestimmung aber, daß die Hochbesteuerten mehrere Stimmen haben, wurde mit übernommen. Jedenfalls rechneten die Merkale damit, daß durch den Proporz ein Teil Liberale, die aus der Kammer fast ganz verdrängt waren, wieder

gewählt werden würde. Diese sind den Merkmalen natürlich weniger gefährlich, als die Sozialisten und die Radikalen.

Was die jetzigen Wahlen besonders bedeutsam machte, war die Frage, ob Belgien auch ferner unter Merkmalen Regime verbleiben werde. Optimisten hatten gehofft, daß die Merkmalen trotz des Mehrstimmwahlrechts zerschmettert werden würden. Man hatte gehofft, daß die Merkmalen Regierung einer liberal-radikal-socialistischen Mehrheit werde weichen müssen. Diese Hoffnung hat sich zunächst noch nicht erfüllt. Die Merkmalen verfügen nach wie vor über eine, wenn auch viel geringere Mehrheit als bisher.

Die Merkmalen haben, obgleich sie die Majorität in der Kammer behalten, schwere Verluste zu verzeichnen. Sind die eben angegebenen Zahlen richtig, so sind sie um 28 Mandate zurückgegangen. Freilich bleibt noch abzuwarten, ob man den Merkmalen Mandaten noch die der dissidenten Katholiken zuzählen haben wird, die wenigstens in manchen Fragen mit dem Gros der Merkmalen gehen dürften. Wie dem aber auch sei, die kompakte Majorität, über die sie bisher verfügten und mit Hilfe deren sie rücksichtslos alle Forderungen der Linken niederkämpften, haben sie nun nicht mehr. Die ganze Partei ist innerlich mächtig erschüttert durch die erfolgreiche Agitation der Christlich-Demokraten unter Führung des Abbe Daens und der Dissidenten, die sich von der Parteileitung loslösen. Nicht zum wenigsten hat natürlich zu dem Rückgang der Merkmalen Macht beigetragen die unermüdete Agitations- und Aufklärungsarbeit unsrer Parteigenossen.

Die sozialistischen Stimmen haben — soviel ist jetzt schon sicher — eine starke Zunahme erhalten und zwar auch in den ländlichen Kreisen. Wie weit unsern Parteigenossen auch neue Mandate zugefallen sind, läßt sich jetzt noch nicht übersehen. In Brüssel sind voraussichtlich 7 Merkmalen, 6 Sozialisten und 5 Liberale beider Schattierungen gewählt. In Gent, der Hochburg der Merkmalen scheint neben 6 Merkmalen der Genosse Anseel wiedergewählt. Brugge wählte einen Liberalen und zwei Merkmalen, Antwerpen 6 Merkmalen, 4 Liberale und 1 Sozialisten, Lüttich 5 Sozialisten, 2 Radikale, 2 Liberale und zwei Katholiken.

Eine Depesche der „Zitt. Ztg.“ vom Montag teilt noch folgende Einzelheiten mit: In Vinton wurde ein Merkmalen und der Radikale Lorand gewählt, in Tongres, Hasselt und Roulers behaupteten die Katholiken die von den Liberalen angegriffene Sitze, ebenso in Mecheln, wo nur ein Liberaler durchkam. In Brüssel scheinen 6 Sozialisten, 3 Doktrinare, 2 Radikale, 6 Merkmalen und der Abbe Daens gewählt zu sein.

Nach allem scheint also sicher, daß die Macht der Merkmalen, wenn auch nicht beseitigt, so doch gewaltig eingeschränkt ist, und ferner ist sicher, daß die belgische Socialdemokratie einen weiteren großen Fortschritt gemacht hat.

Für den Senat sind bisher 47 Katholiken gewählt, denen 29 Mitglieder der Opposition gegenüberstehen. Die Wahl von 26 Senatoren, welche durch die Provinzialräte erfolgt, wird die Mehrheit für die Regierung noch erhöhen. —

Deutsches Reich.

Der Oberpräsident des Bundes der Landwirte. Den Bundesrat ist große Freude widerfahren. Der Oberpräsident von Schleswig-Holstein, unser alter Freund v. Köller, der Mann der Unfingergeese und der Dänenansiedlungen, hat sein agrarisches Herz ausgeschüttet, so daß Dr. Hertel und Dr. Hahn des schweren Minis er groß freudig ergriffen vergessen. Bei einem jüngerlichen Festmahl zu Oldenburg in Holstein äußert Herr v. Köller in einem, wie bei ihm üblich, durchsichtigen Trümpfchen:

„Von Jugend an bin ich mit ländlichen Verhältnissen vertraut. Trotzdem ich von Sr. Majestät zu den verschiedensten Ämtern berufen worden bin, haben meine besonderen Sympathien für die Landwirtschaft nicht erschüttert werden können. Nicht etwa aus dem Grunde, weil ich als Landmann da mein Fortkommen gehabt hätte, sondern weil ich erkannte, daß es für unser Vaterland zum größten Schaden gereichen würde, wenn Berater des Kaisers einmal ohne genügende Beachtung des Landwirtschaftsstandes auszukommen meinen. Ohne den Stand der Bauern, ohne die Thätigkeit auf dem Land wird unser Vaterland nie bestehen können.“

Herr v. Köller, der Junker aus Pommern und unmittelbare Berater des Kanzlers a. D., hätte der „Deutschen Tageszeitung“ sicherlich nicht den Schmerz des Fleischbecken-Kompromisses bereitet, daß die Landwirtschaft unheilbar ruiniert. —

Zu dem angeblichen Entwurf einer neuen Polizeiverordnung über den Vertrieb des Schantgewerbes, von dem auch wir nach der „Deutschen Tageszeitung“ Notiz genommen hatten, bemerkt die „Berliner Korrespondenz“:

„Diese Nachricht ist unzutreffend. Der Sachverhalt ist vielmehr der, daß der Deutsche Verein gegen den Mißbrauch geistiger Getränke“ eine, übrigens im Buchhandel erscheinende Druckschrift über die Belämpfung der Trunksucht auch dem Ministerium des Innern eingereicht hat, in welcher in Form eines Vorschlags ein solcher „Entwurf“ enthalten war. Diese Druckschrift ist den Provinzialbehörden zur Kenntnisnahme und Prüfung mitgeteilt worden. Zu Uebereinstimmung mit den erstatteten Gutachten muß vorbehaltlich einer Ergänzung der in verschiedenen Bezirken beschickten polizeilichen Vorschriften nach der einen oder der andern Richtung, der aufgestellte „Entwurf“, insbesondere die Bestimmung des Geschäftskreislaufes aller Gast- und Schankwirtschaften um 10 Uhr abends, als weit über das berechnete Ziel hinausgehend und deshalb als nicht annehmbar bezeichnet werden.“

Nicht um einen Entwurf des Ministeriums des Innern handelte es sich also, sondern um einen solchen des Vereins gegen den Mißbrauch geistiger Getränke. Das Ministerium plant nun eine „Ergänzung“ der bestehenden polizeilichen Vorschriften nach der einen oder andern Richtung hin. Worin diese Ergänzung bestehen wird, bleibt abzuwarten. Ubrigens muß es auch Wunder nehmen, daß der genannte Verein seine Bestrebungen auf dem sehr gefährlichen Wege der polizeilichen Verordnung statt durch reichsgesetzliche Regelung durchzuführen sucht. Sein Vorgehen zeugt von großer politischer Unvorsichtigkeit. —

Die Kanalvorlage. Die kanalfeindliche Presse erklärt die Nachricht von der absehbigen Einbringung der Kanalvorlage — also die Erfüllung eines von der Regierung feierlich gegebenen Versprechens — für Unsinn. Die „Kosm. Korresp.“ meint:

„Es steht fast so aus, als haben die Freunde des Mittelkanals die Absicht, von vornherein auf ein Scheitern der neuen Vorlage hinzuwirken und damit eine Situation zu schaffen, in der es endlich möglich wäre, die Regierung zu einem Systemwechsel zu zwingen. Wenn der „Hannoversche Courier“ darauf rechnet, daß die konservative Mehrheit des Abgeordnetenhauses durch die in den neuen Entwurf hineingearbeiteten höchst nötigen Projekte, namentlich durch den Großschiffahrtsweg Berlin-

Stettin, bestimmt werden könnte die ganze umfangreiche Vorlage „durchzusetzen“, so dürfte er sich verrechnen.“

Die „Kosm. Korresp.“ verrät damit ein auffälliges Schwächegefühl. Sie gesteht, daß die konservative Partei sich nicht stark genug fühlt, den Konflikt, den die absehbige Ablehnung der Vorlage hervorrufen müßte, durchzustampfen. —

Reichliches Selbstopfer spendet die Regierung in der „Berliner Korrespondenz“ den neuen Ergebnissen ihrer Socialpolitik. Die Verabschiedung der Gesetzgebungen betreffend die Abänderung der Unfallversicherungs-Gesetze und der Gewerbeordnung sei eine positive Leistung, durch welche die laufende Session den Charakter eines Marksteins in der Entwicklungsgeschichte der staatlichen Socialpolitik empfängt.“ Weiterhin sagt das amtliche Organ, die Abänderungen der Gewerbenovellen legen „bedeutendes Zeugnis dafür ab, daß die Socialreform im Deutschen Reich nicht stillsteht, sondern in lebhaftem Fortschritt begriffen ist.“

Die „Berl. Korresp.“ beweist die wahrhaft rührende Bescheidenheit der Regierung in den Ansprüchen, die sie an ihre Socialpolitik stellt. Eine Unfallreform, die heute bei weitem nicht die berechtigten Mindestforderungen der Arbeiterschaft seit 15 Jahren erfüllt, gilt der Regierung des Grafen v. Posadowski als „Markstein“ in der Geschichte der deutschen Socialpolitik. Einige durchaus unzulängliche Bestimmungen der Gewerbenovellen sollen die Lebhaftigkeit der socialpolitischen Entwicklung bezeugen. Die „Berl. Korresp.“ hat vielleicht auch die Wunderthaten gesehen, die in jüdischen Springen dahinhüpfen?

Die socialpolitischen beglückten Arbeiter würden der offiziellen Socialreform keinen Dankeskränz. Also ist es begreiflich, daß die Regierung sich selbst feiert. —

Regierungsanarchie. Die „Post“ äußert Beschwerden über die Art, wie im Reich und in Preußen gegenwärtig regiert wird. Im Reich arbeiten die Ressorts nicht einheitlich zusammen:

„Der Kanzler der Reichsverfassung ist nach dem Maße des Fürsten Bismarck zugeschnitten und es ist daher erklärlich, daß seine minder großen Nachfolger die ihnen durch die Reichsverfassung zugewiesene Stellung nicht voll ausfüllen konnten. Bei dem gegenwärtigen Reichskanzler ist hierbei allerdings kein hohes Alter, sowie der Umstand in Betracht zu ziehen, daß Kaiser Wilhelm II. in weitem Umfang sein eigener Kanzler ist und sein will. Wenn auch formell hervorgehobene Meinungsverschiedenheiten zwischen den Reichsämtern durch Vortrag bei dem Kanzler zum Austrag gebracht werden, so ist es daher doch sehr wohl möglich und nach manchen äußeren Eindrücken nur zu wahrscheinlich, daß die verschiedenen Reichs-Ressorts nicht völlig nach denselben politischen Gesichtspunkten geleitet werden. In Preußen liefert die Stellung und die geistige Qualifikation des Vizepräsidenten des Staats-Ministeriums allerdings die Gewähr für eine völlig einheitliche Leitung der Staatsgeschäfte. Hier aber machte sich mehr und mehr ein anderer Mangel heftig fühlbar: es fehlt an der stetigen engen Fühlung zwischen dem Monarchen und seinen verantwortlichen Räten, welche die unerlässliche Voraussetzung für eine stetige, in sich geschlossene und einheitliche Regierungspolitik bildet.“

Das heißt: Im Reich wird ohne die Minister und in Preußen ohne den König regiert. So ungefähr wird es auch sein. Die Zustände, Schwankungen, Widersprüche, Lagen und Neberrücklagen der gegenwärtigen Systemlosigkeit, die sachlich in der Unvereinbarkeit der Sammelpolitik bei auseinanderlaufenden Interessen begründet sind, finden in der entsprechenden persönlichen Desorganisation ihre Aufklärung. —

Eine Centrumstimme über die lex Heinze. Während die „Germania“ fortfährt, den Sieg des Centrums zu feiern, bekennet der Merkmalen „Nachener Volksfreund“ den Ausgang des Kampfs um die lex Heinze für das Centrum für eine „schwere, nicht bloß politische, sondern auch moralische Niederlage vor ganz Deutschland, ja vor ganz Europa.“ Mit dieser Kapitulation habe das Centrum „eines der edelsten und werthvollsten Stücke seiner Existenzbedingungen“ preisgegeben. Weiter heißt es:

„Entweder dürfte der Kampf für die Schaffung von Rechtsgarantien zum Schutze der Moral und der von der Verführung zu schwer bedrohten Jugend usw. nicht unternommen werden, sofern er aussichtslos war; oder er mußte mit Konsequenz und Energie bis zum Ende durchgeführt werden — mochte kommen was immer. Ihr Herren vom Centrum, zum Schaden für unsre Partei sagt Ihr jetzt auch noch die schwere Blamage, den Schimpf hinzu. Ist das politisch klug, ist das staatsmännisch, ist das weise und eine Handlungsweise, angemessen der Führer einer großen Partei? ... Nun noch mit Hoch und Hurra die Zustimmung zu den neuen Flottenforderungen und zu den dadurch bedingten Milliardenangelegenheiten heute und später, — und die „Gloriole“ für die Führer der Centrumfraktion kann wieder einmal glänzend angeputzt und erneuert werden.“

Es knistert in Centrumstürmen — wenn es auch noch Zeit und Arbeit genug kosten wird, ehe die Risse zum Zusammensturz führen werden. —

Zur Wahlrechts-Reform in Baden. (Ztg. Ver.) In der letzten Sitzung der Verfassungskommission der Zweiten Kammer der badischen Landstände gaben die nationalliberalen Mitglieder namens ihrer Partei zur Wahlrechts-Reform eine Erklärung ab, in der die Bedingungen festgelegt sind, unter denen die Fraktion der Einführung des direkten Wahlrechts zustimmen will. Es sind dies die besprochenen „Kardelen“ gegen die gefürchtete Verstärkung der angestrebten Wahlen auf Grund „radikaler Massenwahlen“, wie sie die Regierung bereits früher zur Voraussetzung ihrer Zustimmung zum direkten Wahlsystem gemacht hat. In erster Linie hält die nationalliberale Partei an der Sondervertretung der Bürger, a u s s c h ü s s e der fünf größten Städte des Landes fest, weil ihr die Zustimmung zu dieser Regierungsvorlage allein den Anknüpfungspunkt zu einer Verhandlung mit der Krone und der Ersten Kammer zu bieten scheint. Dann sollen auch diejenigen Städte, die mehrere Abgeordnete zu wählen haben (Mannheim und Karlsruhe je 3, Freiburg, Heidelberg und Pforzheim je 2), in Wahl-districte eingeteilt werden, in denen je ein Vertreter gewählt wird, während diese Städte bisher als ein Wahlkörper behandelt wurden. Endlich ist die nationalliberale Partei dafür, daß bei der Wahl die relative Stimmenmehrheit im ersten Wahlgang als genügend erklärt wird, falls der Gewählte mehr als die Hälfte der abgegebenen Stimmen erhalten hat, und daß künftig an Stelle der alle zwei Jahre stattfindenden halbjährigen nach jeweils vier Jahren eine Integralerneuerung der Kammer stattfinden soll. Die Mehrheit der Kommission lehnte die Regelung der Wahlrechtsfrage auf dieser Grundlage ab. Es wurde dann in die Einzelberatung des von der socialistischen Kammerfraktion eingebrachten Gesetzentwurfs über die Einführung des direkten Wahlrechts auf der Grundlage der Proportionalvertretung eingetreten, die in der nächsten Woche zu Ende geführt werden soll. —

Offiziere als Wilddiebe. Aus Ostpreußen wird uns geschrieben: Ende Februar dieses Jahres fanden Jäger im Wald Strienhof, welcher dem Freiherrn v. Habes gehört, einen Hirsch mit abgeschnittenem Kopf. Das Tier war offenbar des Geweihs wegen geschossen. Es wurde nach den Schüssen, die Wilddiebe einer Art sein mußten, scharf aufgepaßt. Wirklich wurden auch bald darauf zwei Männer beim Wildern ertappt und festgenommen. Der Jäger, welcher die Verhaftung vornahm, war nicht wenig überrascht, als bei Feststellung der Personallisten der Wilddiebe sich der eine als ein Freiherr, der als Lieutenant bei dem Jäger-Bataillon in Ortelsburg stand, der andre als Reserve-Offizier entpuppte. Die beiden Herren waren mit Hirschwerk von Ortelsburg zum Wildern herangefahren und sollen solche Fahrten schon im vorigen Jahre unternommen haben. Vom Ortelsburger Militärgericht wurden beide aus dem Offiziersstande ausgeschlossen. Welche Strafe sie sonst noch erlitten haben, konnten wir nicht feststellen. —

belehrt sich in der „Kreuzzeitung“ bitterlich, daß wir nicht ver-sucht haben, seine tiefgründigen Betrachtungen über Kunst und Socialismus sorglich zu würdigen. Herr Lorenz vergißt, daß wir seine Agitation und deshalb uns in seine Analyse des — Stoffes einzulassen nötig haben, mit dem er den Ader der „Kreuzzeitung“ zu befrachten bemüht ist. Wir wollten nur unsern Lesern über das Ende dieses Socialisten berichten, die Ehre einer Disjunktion erweisen wir ihm nicht.

Um aber dem Junker Lorenz einigermaßen entgegenzukommen, wollen wir wenigstens an einem Beispiel verraten, bis zu welchem Grad von Märrheit sich der Mann hinaufgearbeitet hat, ehe er sich für befähigt hielt, an der „Kreuzzeitung“ mitzuarbeiten. Engels führt in seinem Anti-Dühring aus — indem er den Spuren eines Rousseau und den Utopisten folgt — wie unter dem Zwang der kapitalistischen Arbeitsteilung der Mensch zum Sklaven einer einzigen Vertikung verkrüppelt. Demgegenüber schafft der Socialismus, der auch die Arbeitsteilung zwischen Stadt und Land aufhebt und die großen verfallenden Städte beseitigt, die Möglichkeit einer universalen Ausbildung. Dann wird die produktive Arbeit statt Mittel der Anreicherung, Mittel der Befreiung der Menschen sein, indem sie jedem Einzelnen die Gelegenheit bietet, seine sämtlichen Fähigkeiten, körperliche wie geistige, nach allen Richtungen hin auszubilden und zu betätigen, und in der sie so ans einer Last eine Lust wird. Und nicht nur die Arbeiter werden durch den Kapitalismus specialistisch verkrüppelt, auch die andern Klassen werden vermittelst der Teilung der Arbeit unter das Zwang ihrer Thätigkeit geschleht, der Jurist unter seinen verkrüppelten Rechtsvorstellungen, die „gebildeten Stände“ unter die mannigfachen Vorkamernheiten und Einseitigkeiten, unter ihre eigene körperliche und geistige Unzulänglichkeit, unter ihre Verkrüppelung durch die auf eine Specialität zugeschnittene Erziehung und durch die lebenslange Befestigung an diese Specialität selbst.“ Dieser Verengungsverfall gegenüber bekennet sich der Socialismus zu dem klassisch-humanen Ideal der Universalität. Der Socialismus wird die Unterjochung der Menschen unter einen Zweck der Produktion aufheben, er wird sie befreien von dem Zwang, nur „Karrenschleber“ und nur „Architekt“ zu sein.

Diese höchste Aufgabe menschlicher Existenz scheint Herrn Lorenz ein „in seiner Ungeheuerlichkeit fast lächerlich wirkender Radikalismus“ und er macht den Goethebändler Eberlein darauf aufmerksam, daß es ihm im Zukunftsstaat blühen werde, abwechselnd Karren zu schieben und Bildwerke zu schaffen. Goethe selbst war allerdings, wie ein Michel Angelo, keineswegs nur Karrenschleber und nur Architekt — sie haben in der allseitigen Ausgabe ihre Lebensaufgabe. Spinoza schloß gleichzeitig philosophische Werte und — Willen. Und sogar die Hohenzollern-Fürsten verschmähen es nicht — wenn auch vielleicht nur in symbolischer Weise — neben ihrer regierenden, militärischen und sonstigen Thätigkeit auch ein Handwerk zu lernen. Wilhelm II. vollends hat mehr und verschiedene gezielte geistige und körperliche Thätigkeiten nebeneinander aus, als im Zukunftsstaat irgend ein Mensch zu leisten nötig haben wird. Die modernen Künstler suchen, indem sie sich dem Sport hingeben, ihren natürlichen Krieg nach rein körperlicher Arbeit in einem Surrogat zu befriedigen. Herr Lorenz aber sieht in solcher Vielseitigkeit den Tod der Kunst und der Künstler. Er wäre, in seiner Karrenschleber-Angst, reif, die Spar-Agnes, das holde Töchterlein Eugen Nisters, zu heiraten, wenn sie nicht freimüthiger Abkunft wäre und deshalb Herrn Lorenz nicht mehr ebenbürtig ist. —

Ausland.

Der Fall Fritsch: Ministerkurzversuch eines Generalstabs-Offiziers. — Die Amnestie.

Paris, 27. Mai.

Die Freitag-Interpellation im Senat hat Klarheit geschaffen über die neuesten generalstablerischen Untriebe gegen das Ministerium. Der nationalistische Ministerkurzversuch in der Wiedereröffnungssitzung der Kammer halte, wie es sich nun herausgestellt, zum Angriffspunkt eine schwere Verletzung der Amtspflicht seitens des Hauptmanns Fritsch, des Nachfolgers und Nachahmers der verflochtenen Hälserbande im „zweiten Bureau“, im Informationsbureau des Generalstabs.

Einer der ersten Beschlüsse des Kriegsministers Galliffet war bekanntlich die Uebertragung des Konterespionage-Dienstes, der vom zweiten Bureau in der Dreifus-Affaire zu unzähligen Verbrechen mißbraucht worden war, auf die civile Sicherheitspolizei. Der Hauptagent der neuorganisierten Spionagedienste, Tomps, wurde nun zur Zielscheibe verschiedener dunkler Machenschaften, die vom zweiten Bureau ausgingen, um so mehr als er schon in der Dreifus-Affaire sich gegenüber den verbrochenen Zusammengehörigen der Honch und Konfonsen hochzeitig gezeigt hatte. Das zweite Bureau setzte sich zur Aufgabe, den Tomps in den Verdacht des Landesverrats zu bringen. Und da Tomps der Autorität des Ministers des Innern, Walde-Roussau, untersteht, so war von der Hege gegen Tomps nur ein kleiner Schritt zur Einfädelung einer Intrigue gegen das Haupt des Ministeriums. Dieser Schritt wurde gethan, nachdem Tomps — die Einzelheiten sind gleichgültig — in eine ihm gestellte Falle ging, in der Hoffnung, sich so seiner generalstablerischen Feinde erwehren zu können. Das Ganze ist ein anekdoten spielpossehafter Kampf im Dunkeln, in welchem ein kompletter Dump Ramens Przhborowski, ehemaliger Agent des zweiten Bureaus, im Dienst des letzteren die Hauptrolle spielte.

Politische Bedeutung gewann die Sache dadurch, daß Hauptmann Fritsch mit Hilfe des Przhborowski und einer Freundin von diesem, einer Dame Kathilde, gegen Tomps die Beschuldigung erheben konnte, nach einer „neuen Thatfache“ zur Ermöglichung der Revision des Dreifus-Prozesses gefügt zu haben. Und zwar sollte die „neue Thatfache“ in dem Nachweis bestehen, daß der berichtigte Zeuge im Remer-Prozess, Cermels, vom Generalstab bestochen wurde, was, nebenbei gesagt, sicher der Fall war. Als Beweise dienten dabei dem zweiten Bureau Briefe von Tomps, die bei der Dame Kathilde in Rizza beschlagnahmt wurden. Man steht sofort, daß diese Briefe in den Händen der Nationalisten ein wirksames Geschloß gegen das „Dreifus-Kabinett“ werden konnten. Hauptmann Fritsch hat nun seinen monatelangen Untrieben die Krone aufgesetzt, indem er die Briefe dem nationalistischen Abgeordneten Le Sorisse übermittelte, während sie vor dem Kriegsminister Galliffet verheimlicht wurden! ... Galliffet hatte noch in der Wiedereröffnungssitzung der Kammer von den Briefen keine Ahnung und dementierte daher auf der Kammertribüne die bezüglichen Anspielungen der Nationalisten. Wenn aber diese von den Briefen in der Sitzung keinen Gebrauch machten, so deshalb, weil sie fürchteten, Opfer einer generalstablerischen Fälschung zu werden. Aus diesem Grunde verschanden sie die „Aufklärung“ der Angelegenheit auf die nächste Kammer Sitzung, die am Montag, den 28. Mai, stattfindet.

Zwischen aber hat die Senatsitzung die Aufklärung besorgt — in ganz anderer Weise als es den Nationalisten lieb wäre. Walde-Roussau und Galliffet erbrachten im Senat den Nachweis, daß Hauptmann Fritsch im Interesse der Nationalisten eine spiegelbildliche Intrigue gegen die Regierung ins Werk gesetzt hat. Fritsch wurde nun durch die Amtsentsetzung, d. i. ein zeitweiliger Ausschuß aus der Armee nebst einer Entziehung von 1/3 des Soldes bestraft, weitere zwei Militärbeamten des zweiten Bureaus wurden in die Provinz verlegt.

Der Vorkal legt ein trauriges Zeugnis dafür ab, daß der Militärkilling trotz alledem seine frühere Dreistigkeit gegenüber der Civilgewalt bewahrt hat. Bezeichnend ist die Antwort des Fritsch auf die Frage des Kriegsministers nach den Beweggründen seiner Untriebe: „Ich habe eine politische Handlung voll-zogen.“ Mit andern Worten, der subalterne Militärbeamte er-frehte sich zum Eingeständnis, daß er benutzt auf den Sturz des den Nationalisten verhassten Ministeriums hinarbeitete!

Gewerkschaftliches.

Verlin und Ungarn.

Achtung, Stuccateure! Die Firmen Junferdors, Rodel, Sander sind gesperrt. Zugang ist fernzuhalten. Der Vertrauensmann der Stuccateure.

Die Kartonarbeiter der Firma Gutmann u. Meyer, Greifswalderstr. 4, haben nach mehrmaligen Vorstellungen eine Herabsetzung der Arbeitszeit von 10 auf 9 Stunden erlangt. Die Vergütung kommt circa 100 Arbeitern und Arbeiterinnen zu flotten.

Die Brauer haben bei Geltendmachung ihrer Lohnforderungen in der Annonce des „Vorwärts“ eine Reihe Vertriebe genannt, die ihre Forderungen bisher nicht anerkannt haben. Von der Direktion des Münchener Brauhauses wird uns mitgeteilt, daß die geforderte Arbeitszeit und der Lohn seit langem in ihrem Betrieb eingeführt ist. Sollten sich über andre Punkte noch Differenzen ergeben, so wird die angebotene Verhandlung dazu beitragen, diese zu schlichten.

Deutsches Reich.

Die Breslauer Maurer haben nach längeren Verhandlungen mit den Unternehmern einen Vertrag abgeschlossen, dessen Dauer bis Pfingsten 1901 festgelegt ist. Die Vereinbarungen besagen in der Hauptsache folgendes:

1. Die Arbeitszeit ist im Sommer eine zehnstündige und dauert von 6—6 Uhr. Die Verschiebungen und Verlängerungen während der unglücklichen Jahreszeit sind in einer Tabelle genau festgelegt.
2. Ueberstunden, Nacht- und Sonntagsarbeit wird nur in dringenden Fällen ausgeführt. Bei mehrtägiger Dauer derselben findet Schichtwechsel statt.
3. Sonntagsabend ist um 5 Uhr Feierabend. Besper findet nicht statt. Bezahlt wird nur die wirkliche Arbeitszeit.
4. Der Lohnsatz beträgt 45 Pf.
5. Ueberstunden, Nacht- und Sonntagsarbeit, Wasser- und Feuerungsarbeiten werden mit 55 Pf. bezahlt. Die Ueberstundenbezahlung tritt sofort nach der zehnstündigen Arbeitszeit in Kraft.
6. Die Lohnzahlung findet jeden Sonnabend nach Schluß der Arbeitszeit statt. Das Beutelsystem gelangt zur Anwendung. Der Lohn wird bis Freitag ausbezahlt, bei Kündigung, die spätestens bis Sonnabendmittag stattfinden muß, bis Sonnabendabend.
7. Meister und Gesellen können jederzeit kündigen.
8. Auf größeren Bauten werden nach Lage der Verhältnisse trockene Baubuden zum Schutz gegen die Witterung errichtet. Dieselben sollen, wenn keine gesonderten Bedenken bestehen, heizbar sein. Auf den Bauten müssen den sanitären Ansprüchen genügende Aborte vorhanden sein. (In diese Angelegenheit wird bald durch polizeiliche Verordnung Regelung gebracht werden.)
9. Alle Frühjahrstreffen der Abgeordneten beider Parteien zur Revision des Tarifs zusammen. Ihre Beschlüsse unterliegen der Genehmigung der Versammlungen.

Durch diesen Vertrag hat die Organisation der Maurer wieder einen Schritt vorwärts getan zur Besserung der Lage der Arbeiter dieses Berufs. Vom Jahre 1885 bis 1900 ist die Arbeitszeit um eine Stunde herabgesetzt und der Lohn von 34 Pf. auf 45 Pf. erhöht.

Der Leipziger Bäckerstreik weist keine wesentliche Änderung auf. Von den Streikenden sind einige abgereist und in zwei weiteren Betrieben ist die Forderung anerkannt. Die von den Meistern verbreitete Nachricht, der Streik sei beendet, ist auf Täuschung berechnet.

Die Straßenbahn-Angestellten in Erfurt haben der Direktion folgende Forderungen unterbreitet: Der Anfangslohn soll pro Tag 2,50 M. betragen und unter Beibehaltung der bisherigen Nebenbezüge bis 3 M. steigen. In jedem dritten Tage wird ein freier Tag gefordert und für die Führung von Nachtwagen 40 Pf. pro Stunde. Bisher wurde 2,10 M. bis 2,50 M. gezahlt. Die Arbeitszeit ist von 6 Uhr morgens bis 11 Uhr abends mit einer kurzen Unterbrechung festgelegt.

In Hannover hat die Direktion durch ein überaus schroffes Verhalten die Erregung aufs äußerste geschürt. Bis jetzt sind 31 Leute gemahregelt, nur weil sie überhaupt an der Bewegung teilnahmen.

Der Streik der Holzarbeiter in Halle dauert fort, da die angebotenen Verhandlungen zu keinem Ergebnis führten.

Die Bäcker in Frankfurt a. M. bereiten eine Lohnbewegung vor. Die Forderungen zielen hauptsächlich in der Abschaffung des Kost- und Logiszwangs. An Stelle von Kost und Logis beim Meister soll dieser fortan folgende Minimallohne zahlen: a) für Schiefer 27 M.; b) für Teigmacher und Weismischer 24 M.; c) für Backstuben- und Backhausdiener 20 M. Außerdem soll sich der Meister verpflichten, das zum persönlichen Bedarf nötige Brot seinen Gehilfen unentgeltlich zu verabreichen, sowie denselben einen Anstreichraum und Waschgelegenheit zur Verfügung zu stellen; die gesetzlichen Bestimmungen bezüglich des Maximalarbeitstags und der Sonntagsruhe im vollen Umfang einzuhalten und event. nötige Ueberstunden mit 40 Pf. pro Mann und Stunde zu bezahlen; an den drei Festen: Ostern, Pfingsten und Weihnachten soll die Arbeit vom zweiten bis dritten Feiertag ruhen.

Streikposten keine Straftat. Das Schöffengericht in Wiesbaden hatte dieser Tage eine Anzahl von Erdarbeitern wegen Streikpostens vor sein Forum gezogen, doch wurden die Angeklagten freigesprochen, weil eine Verletzung des Publikums nicht erfolgt sei.

Die Steinbildhauer in Nürnberg fordern die achttündige Arbeitszeit und einen Tagelohn von 6 Mark. Da die Unternehmer vielfach versuchen Streikbrecher anzuwerben, so wird gebeten, darauf zu achten, daß der Zugang ferngehalten wird.

Amerikale „Arbeiterfreunde“. Der Streik der Textilarbeiter in der Hausmannschen Fabrik zu Vogelbach (Elsch) hat mit einer Niederlage der Anständigen geendet. Neben der mangelhaften Organisation der Streikenden ist dieser Mißerfolg in erster Linie den arbeiterfeindlichen Unerntebereiten des Amerikaner Reichstags-Abgeordneten Abbe Wetters zu danken, der in dem Lohnkampf offen die Partei der reichen Fabrikanten ergriffen hat.

Das gesamte Personal der Druckerei der Amerikaner „Meyer Presse“ in Metz (Inhaber A. Tschaker) befindet sich wegen schlechter Behandlung und Mangel an Kollegen im Ausland.

Ausland.

Zu Trifail (Ostreich) befinden sich 3000 Bergarbeiter im Hunger. Der Konflikt ist auf die Mangelhaftigkeit eines Arbeiters zurückzuführen.

Die Arbeiteransperrung der Hafnarbeiter von Landzirona (Schweden) ist mit dem Sieg der Arbeiter ausgegangen. Der alte Preiscomant, der herabgesetzt werden sollte, ist erhalten, die Arbeiter werden mit 1000 Kr. gegen Unfall versichert. Streitigkeiten zwischen den beiden Parteien sollen durch ein Schiedsgericht entschieden werden. Vor allem aber ist das Arbeitsnachweisbureau des Hafnarbeiterverbandes anerkannt als einzige Stelle für die Arbeiter-Stellenvermittlung.

Sociales.

Lehrer dürfen nicht mucken. In Glaucha in Sachsen hatte das Stadtverordneten-Kollegium in Folge einer Eingabe der Lehrer nach langen erregten Verhandlungen eine Gehaltsaufbesserung für die Lehrer beschloffen. In der letzten Sitzung des Stadtverordneten-Kollegiums kam nun ein Schreiben der Lehrerschaft zum Vortrage, worin zwar für die gewährte Gehaltssteigerung gedankt, aber auch ausgesprochen wird, daß die Lehrerschaft nach wie vor die in ihrer Denkschrift angeführten Grundzüge als erstrebenswert hält. Weiter wird in dem Schreiben das Bedauern über die Stellungnahme einzelner Stadtverordneter in der Lehrereingabe ausgesprochen. Hierin erblickte man eine Verleumdung der Kollegien und der Rat ordnete eine hoch-

ausendköpfige Menschenmenge voran, die die Verleumdung des Sieges mit drohendem Jubel aufnahm. Auch unter alter Lieblichkeit, der am Tage vorher in einer Wählerversammlung gesprochen, war anwesend und hielt eine begeisterte Ansprache, in der er unsere Sieg feierte und den Nürnberger Genossen seinen Dank ausdrückte, die sich um die Partei verdient gemacht hätten. Der neu erwählte Abgeordnete Dr. Südekum ergriff, von stürmischen Hochrufen empfangen, ebenfalls das Wort, um für das in ihn gesetzte Vertrauen zu danken, dessen er sich würdig erweisen werde.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Zu 14 Tagen Gefängnis wurde der Genosse Stubbe in Halle verurteilt wegen Verleumdung eines Bäckermeisters. Die Verleumdung wurde gefunden in einem „Einzelblatt“, das Stubbe im Halleischen „Volkblatt“ veröffentlichte und das sich mit dem Zuständen in der Bäckerei des angeblich Verleumdigten beschäftigte. Es wurde festgestellt, daß zum Boden von Brot sogenanntes Seidmehl, das nach dem Ausschütteln der Säcke, die bekanntlich nicht immer ganz sauber sind, auf dem Fußboden zusammengekehrt, verwendet worden ist. Die Bäckereien in jener Bäckerei wurden vierteljährlich einmal und die Bettwäsche der Gesellen wurde alle 4—5 Wochen gereinigt. Die Arbeitszeit beträgt durchschnittlich 12 Stunden. Das Gericht erachtete aber den Wahrheitsbeweis nicht als erbracht und bezeichnete den Artikel als ein Produkt der Verhetzung.

— **Wie manchmal Prozesse gemacht werden,** dafür spricht ein solcher in Hannover gegen den Genossen Gustav Weder. Weder war angeklagt der Aufforderung zum Ungehorsam gegen die Gesetze, § 110 R.-St.-G.-B. Nach dem Eröffnungsbeschlusse soll er in einer Versammlung aufgefordert haben, das Volk auch nach erfolgter polizeilicher Auflösung nicht zu verlassen. Vor Gericht sagte der Polizeibeamte, der jene Versammlung überwacht hatte, eiblich aus, daß Weder im Gegenteil aufgefordert habe, nach der Auflösung ruhig auseinanderzugehen. Ganz dieselbe Aussage hatte der Beamte auch in der Vorvernehmung zu Protokoll gegeben, wie durch Verlesung des Vernehmungsprotokolls festgestellt wurde. Trotzdem erfolgte die Anklage und trotzdem hielt die der Vertreter der Staatsanwaltschaft auch nach dem Ergebnis der Beweisaufnahme noch anrecht, indem er eine Geldstrafe von 30 M. beantragte. Das Gericht erkannte auf Freisprechung, lehnte es jedoch ab, dem Angeklagten die Kosten der Verteidigung zu erstatten. Er hat also doch Kosten von der Sache, obwohl er nicht den geringsten Anlaß zu dem Prozeß gegeben hatte.

Kongreß der durch Vertrauensmänner centralisierten Gewerkschaften Deutschlands.

In der am Sonnabendabend abgehaltenen Sitzung erstattete Thiem die Abrechnung vom Agitationsfonds. Die Einnahmen betragen 2452,70 M., die Ausgaben 1351,77 M., der Ueberschuß 1101,02 M. Für den Unterstützungsfonds sind von den Gewerkschaften eingegangen 10467,00 M., ein Darlehn von 19 044,80 M. ist aufgenommen. Für Streikunterstützung sind 39442,80 M. ausgeben worden.

In die Geschäftscommission wurden gewählt: Kater, Thiem, Meuter, Fischer, Straßer. Als Revisoren wurden Pfluke und Kleinlein bestimmt.

Das Gehalt Thiemes als Beamter der Geschäftscommission wurde auf 40 M. wöchentlich festgesetzt, und die Geschäftscommission ermächtigt, ihm, so weit es nötig ist, eine Hilfskraft zur Seite zu stellen.

Der sechste Punkt der Tagesordnung lautet: Gewerkschaftskartelle und Arbeitersekretariate. Nach einem Referat Th. Fischers wurde eine bereits vom vorjährigen Kongreß beschlossene Resolution angenommen, welche lautet:

In Erwägung, daß mit der Gründung von Arbeitersekretariaten, wie sie in der letzten Zeit in verschiedenen Städten Deutschlands geschehen ist, die wirtschaftlichen Verhältnisse der Arbeiter nicht gebessert und gefördert werden können, auch die gewerkschaftliche Organisation dadurch nicht gefördert wird, beschließt der Kongreß, die Gründung von Arbeiter-Sekretariaten nicht weiter zu befürworten. — Jedoch sind die Delegierten der Ansicht, daß es wohl nötig ist, an jedem Orte gewerkschaftliche Kartelle resp. Kommissionen zu bilden, die in unparteiischer Weise die Regelung aller örtlichen Vorgänge im gewerkschaftlichen Leben übernehmen, soweit dies von den einzelnen Organisationen nicht selbst besorgt wird.

Der siebente Punkt der Tagesordnung betrifft den internationalen Arbeiterkongreß in Paris. Der Referent Kehler vertrat die Ansicht, die internationalen Arbeiterkongresse hätten keinen praktischen, aber einen agitatorischen Wert. Sie seien eine wertvolle Demonstration, und aus diesem Grunde empfehle sich die Beschickung des Kongresses durch einen Delegierten der Vertrauensmänner-Centralisation. Gleichzeitig solle durch die Delegation auch behauptet werden, daß die hier vertretenen gewerkschaftliche Richtung noch lebe und gleichberechtigt sei mit den Verbänden.

Nach Schluß der Debatte wurde die Beschickung des Kongresses mit knapper Mehrheit abgelehnt.

Hierauf erfolgte die Erledigung verschiedener Anträge. Straßer begründete einen Antrag der Meber Berlin, welcher die revolutionäre Bedeutung des Streiks ventiliert und erklärt wissen will, daß jede Tarifgemeinschaft für die Arbeiter schädlich und lorrumpierend wirken muß.

Der Antrag wurde der „Einigkeit“ zur Besprechung überwiesen. Angenommen wurden noch folgende Anträge:

In allen Orten, wo Organisationen unserer Richtung vorhanden sind, zu possender Zeit allgemeine Gewerkschaftsversammlungen einzuberufen, um auch dort jene Berufe, die der Geschäftscommission noch nicht angeschlossen sind, für dieselbe zu gewinnen. Diese Versammlungen sind rechtzeitig der Geschäftscommission anzuzeigen, damit von derselben die passenden Referenten gestellt werden können.

Die Geschäftscommission wird beauftragt, am Schlusse eines jeden Geschäftsjahres einen specialisierten Fragebogen herauszugeben, durch welchen übersichtlich die Stärke und Leistungen der Organisationen festgesetzt werden können.

Der vierte Kongreß der Vertrauensmänner-Centralisation Deutschlands beschließt, daß alle derselben angeschlossenen Berufe dahin wirken, daß der 1. Mai durch volle Arbeitsruhe gefeiert wird.

Ein Antrag:

Die Organisation der Bäder Berlin beauftragt den Kongreß, auf die Reichstags-Abgeordneten einzuwirken, den § 75 des Krankenversicherungs-Gesetzes streichen zu lassen, sowie bei einer eventuellen Krankenlasten-Novelle mehr wie bisher für die freien Hilfslosen einzutreten.

Wange-Görlich teilte mit: Die Besprechung mit dem Vertreter des niederrheinischen Arbeiterverbandes habe zu dem Resultat geführt, daß der nächsten Generalversammlung dieses Verbands ein Antrag auf Zusammenschluß aller lokalorganisierten Textilarbeiter Deutschlands und Anschluß an die Geschäftscommission unterbreitet werden solle.

Die Einberufung des nächsten Kongresses der Vertrauensmänner-Centralisation bleibt der Geschäftscommission überlassen.

Um 1/12 Uhr nachts war die Tagesordnung erledigt. Der Vorsitzende Kater warf einen Rückblick auf die Verhandlungen des Kongresses, er gab seinen Bedauern darüber Ausdruck, daß die Beschickung des Pariser Kongresses abgelehnt worden ist, er sprach ferner die Erwartung aus, daß die hier vertretenen Gewerkschaften wie bisher, so auch in Zukunft das Princip des Klassenkampfes der Arbeiter hochhalten werden und schloß mit einem dreimaligen Hoch auf die sozialistisch-föderalistische Gewerkschaftsorganisation.

Die gesagt, ist Hauptmann Freisch bloß mit der Amtsentziehung bestraft worden. Eine schwerere Strafe darf nämlich der Kriegsminister von sich aus nicht verhängen. Vor ein militärisches Disciplinargericht aber den Hauptmann verweisen, hieß Gefahr laufen, den rebellischen Offizier freigesprochen zu sehen.

Auch der Senat, wo die Nationalisten sich nicht hervorzuheben dürfen, hat übrigens sich damit begnügt, die Erklärungen der Minister mit Weisfall und die dreifache Antwort des Hauptmanns Freisch mit Entrüstungszeichen aufzunehmen. Eine entsprechende Resolution wurde vorfristig verlesen. Und nach der Sitzung veranlagte sich die senatorische Amnestie-Kommission, die ursprünglich eine amnestiefeindliche Mehrheit enthielt, um in aller Eile den Regierungsentwurf über die Amnestie anzunehmen, der auch über den Hauptverbrecher, General Mercier, den Mantel der patriotischen „Verschwärzung der Gemüter“ breitet.

Deputiertenkammer. Paris, 28. Mai. Das Haus ist gut besucht; es herrscht lebhafteste Stimmung. Graf Castellane wohnt über die Erklärungen des Reichs hinsichtlich der Wieder-entnahme der Affaire Dreyfus zu interpellieren. Die sofortige Erweiterung der Angelegenheit wird angeordnet. Kriegsminister Galliffet wiederholt seine im Senat abgegebenen Erklärungen über den Vorfall Tomps-Napian Freisch und fügt hinzu, man war über-erungelommen, sich nicht mehr mit der Affaire zu beschäftigen; so bedauere er, Galliffet, es auch lebhaft, daß Freisch das Amtsgelohn verlegt habe zu dem Zwecke, den gewisse Leute verfolgen. Er hoffe, daß das Heer nicht auf denjenigen hören werde, die ihm Disciplinlosigkeit predigen, und sich nicht einen Abenteuerer outdrängen lassen werde, wie vor 15 Jahren. (Lebhafter Weisfall links, Widerspruch bei den Nationalisten.)

Castellane erklärt, die Regierung sei mitschuldig an dem Komplot, welches angezettelt wurde, um einen Verräter zu rehabilitieren. Le Gëriffet billigt die Haltung des Hauptmanns Freisch. Lafont führt aus, er habe den Kriegsminister Galliffet von den „Machenschaften des allgemeinen Sicherheitsdienstes“ in Kenntnis gesetzt und Galliffet habe ihm erwidert, niemals, so lange er Minister sei, werde der Fall Dreyfus wieder aufgenommen werden. (Weisfall.) Humbert vertritt trotz der gegen-entigen Versicherungen Waldes-Rouffleau im Senat die Ansicht, daß die Agenten des Sicherheitsdienstes sich in den Besitz von Akten-ständen zu setzen gesucht hätten, um die Dreyfus-Angelegenheit wieder aufleben zu lassen. (Widerspruch links.)

Oestreich-Ungarn.

Wien, 28. Mai. In parlamentarischen Kreisen wird die inner-politische Situation als äußerst kritisch bezeichnet. Es circu-lieren Gerüchte von einer partiellen Ministerkrise. Ander-entz verläutet, Ministerpräsident v. Körber werde, falls seine Bemühungen, das Parlament arbeitsfähig zu machen, scheitern, formell die Demission des Gesamtkabinetts einreichen und erst dann das Parlament auflösen.

Frankreich.

Demonstration für die Kommunegefallenen. Die Socia-Listen veranstalteten am Sonntag zur Erinnerung an die Maitwoche von 1871 wie alljährlich auf dem Péro Lachaise eine Kundgebung. Der Zug, der Fahnen und Kränze mit den Inschriften: „Es lebe die Kommune!“ und „Unseren gefallenen Helden“ trug, war etwa 10 000 Mann stark. Der Kirchhof war polizeilich besetzt. Der Polizeipräsident Lépine war zur Stelle. Die Manifestanten betreten, je vier Mann, den Kirchhof und sangen die Carmagnole. Reden waren unter-sagt. Ein Zwischenfall hat sich nicht ereignet.

Rußland.

Der Gesandtenwurf über die Aufnahme von Ausländern in den russischen Unterhändlerverband wird in der nächsten Zeit und jedenfalls noch vor Beginn der langen Sommerferien vom Reichsrate geprüft werden, der den Entwurf wahrscheinlich unverändert annehmen wird. Die neuen Bestimmungen über die Aufnahme von Ausländern in den russischen Unterhändlerverband erschweren dieselbe bedeutend. So verlangen sie u. a., daß die um die Aufnahme nach-suchenden Personen nicht weniger als acht Jahre ununter-brochen in Rußland gelebt haben.

Asien.

Das Anwachsen der „Voger“-Bewegung melden folgende Telegramme:

Tientsin, 28. Mai. Die Voger haben in der vergangenen Nacht die Station Juihsin an der Hananbahn, 24 Meilen von Fengtai und 29 Meilen von Peking, niedergebrannt, den Bahnhöfen auf-gerissen, eine Anzahl von Eisenbahnwagen zerstört und mehrere chinesische Angestellte ermordet. Die beteiligten Ingenieure befinden sich in Fengtai in Sicherheit. Die Voger sollen auf Peking mar-schieren.

Der Zustand der Voger wächst. Die Engländer und Belgier haben Fengtai geräumt, wo man die Voger noch heute erwartet. Ein Eisenbahnzug hat die Hinglinge bei Tientsin geschloß. Der Eisenbahnverkehr zwischen Peking und Tientsin ist seit heute mittag 12 Uhr eingestellt. Der amerikanische Kreuzer „Newark“ und ein französisches Kriegsschiff sind vor Taku eingetroffen.

Das Eingreifen der Mächte dürfte nunmehr wohl zu erwarten sein.

Parlamentarisches.

Abgeordnetenhaus. Der Präsident des Abgeordnetenhauses v. Kröcker hat die nächste Plenarsitzung auf den 7. Juni, 11 Uhr vormittags, festgesetzt. Auf der Tagesordnung, welche am bevor-stehenden Dienstag ausgegeben werden wird, stehen die Inter-pellation Brömel-Langerhans wegen des Groß-schiffahrtsweges Berlin-Stettin sowie Petitionen. Am 8. Juni soll die zweite Beratung des Gesandtenwurfs betreffend Maßnahmen zur Verhütung von Hochwassergefahren in der Provinz Schlesien beginnen.

Partei-Nachrichten.

Die Wahlkämpfe in Nürnberg ist, so schreibt man uns von dort, geschlagen und hat mit einem Siege der Socialdemokratie über den Reichsmach geendet. Nach vorläufiger Zählung (einige Resultate stehen noch aus) erhielt unser Kandidat Dr. Südekum über 22 000 Stimmen, der Kandidat des Reichstags, Fabrikant Seiler, ca. 16 000 Stimmen. Der Wahlkampf gestaltete sich in den letzten Tagen noch sehr lebhaft, da die vereinigten Gegner richtig nach den „Fall Dreyfus“ herbeizogen und ganze Hübel voll schamiger Verdächtigungen über die Leiter der Nürnberger sozialistischen Bewegung anzuleeren begannen. Ja, man entblödete sich sogar nicht, auch den Kandidaten Dr. Südekum in die Sache zu verwickeln und freisweg zu behaupten, er sei es gewesen, der „im letzten Grunde den unglücklichen Chef in Ver-zweiflung, Wahnsinn und Tod getrieben, weil er den „Obergenossen“ Berechnungen und Material zur Enteiernung geliefert habe“. Diese völlig aus der Luft gegriffene Behauptung wurde sofort gebührend zurückgewiesen, von den Gegnern aber trotzdem wiederholt. Mit solchen lächerlichen Verdächtigungen glaubte man die socialdemo-kranischen Wähler irreführen zu können, weil man anständige Kampfmittel nicht anwenden mochte und es den auf so unanständige Weise zusammengekommenen Bundesbrüdern an-sachlichen Gründen, die sie gegen eine Bewegung wie die socialdemokratische hätten vorführen können, vollständig gebrach. Aber alle Bemühungen sind fruchtlos geblieben. Nürnberg ist eine socialdemokratische Hochburg geblieben, trotz aller Verdächtigungen der Gegner, dank der oft bewährten Ueberzeugungstreue und Disciplin der Nürnberger Genossen. In den Centralräten, wo am Sonnabend die Wahlergebnisse verhandelt wurden, hatte sich eine viel-

notwendige Untersuchung nach dem intellektuellen Urheber des Schreibens an. Die eifertigen Lehrer lehnten jede Namensnennung ab, da die gesamte Lehrerschaft sich mit dem Schreiben einverstanden erklärte. Nur die Bürgererschullehrer ließen erklären, daß sie mit dem Schreiben nicht identifiziert sein wollten. Der Rat beantragt nun, die Lehrer, welche sich mit dem Schreiben einverstanden erklärten, bis auf weiteres von der Gehaltsaufbesserung auszuschließen.

Ob die Stadtverordneten dem Vorschlag zugestimmt haben, wird in dem uns vorliegenden Bericht leider nicht mitgeteilt. Der Ratstrag enthält aber schon eine so schwere Mißachtung des Lehrstands, daß die gesamte Lehrerschaft in ihren Organisationen dazu Stellung nehmen sollte.

Zum Schutze der Bauarbeiter ist in Neubaldensleben eine Polizeiverordnung erlassen worden. Sie giebt gleich den für andre Orte und Bezirke schon erlassenen Verordnungen dieser Art Vorschriften über die Herstellung von Neubauten und deren Einrichtung, über Aborte und deren Beschaffenheit, über Thür- und Fensterbeschluß für Innenarbeiten auf Neubauten — für die Zeit vom 15. November bis 15. März und verbietet das Arbeiten bei offenen Coalsfeuern. Vor andern zeichnet sich die Verordnung dadurch aus, daß ihre Vorschriften gelten sollen, sobald mindestens 6 Personen auf einem Bau gleichzeitig dauernd beschäftigt sind, während die meisten übrigen erst bei 10 Personen gelten sollen. Unangenehm zeichnet sie sich dadurch aus, daß nur Strafen bis zu 9 M. festgesetzt werden, so daß es für einen Unternehmer meist rentabler sein wird, sich bestrafen zu lassen, als wie die Vorschriften zu befolgen. Auch enthält sie keine Vorschriften darüber, wer als verantwortlich für die Beobachtung der Bestimmungen gilt und schreibt auch nicht, wie das anderwärts gebräuchlich ist, die zwangsweise Herstellung der Einrichtung, oder die Zurückziehung der Bauerlaubnis vor, falls der Unternehmer es beharrlich unterläßt.

Es giebt noch vernünftige Bäckermeister, welche die Hege gegen die Bäckerverordnung des Bundesrats nicht mitmachen. Dies beweist eine dem Reichstag zugegangene Petition des Verbands der Bäcker Deutschlands, Mitgliedschaft St. Johann (Saar). Die Petition fordert, daß die Lieferungen von Backwaren für die Truppenteile nur solchen Bäckermeistern übertragen werden sollen, welche die Bundesrats-Verordnung vom 4. März 1898 über den Betrieb von Bäckereien z. innehalten, und ferner, daß die Verwendung von Militärpersonen in Privatbetrieben verboten werde.

Wegen Einführung kaufmännischer Schiedsgerichte petitioniert der Ausschuss des deutschen Handlungsgehilfenbundes zu Hamburg im Auftrage des in Hannover abgehaltenen fünften deutschen Handlungsgehilfenbundes beim Reichstag.

Kapitalgewinn in Rußland. Die im Reichsamt des Innern zusammengestellten Nachrichten für Handel und Industrie veröffentlichten nach einer russischen Quelle die Dividendenresultate einer größeren Anzahl russischer Aktiengesellschaften. Es sind im ganzen 598 Aktiengesellschaften mit einem Gesamtkapital von 1 028 060 500 Rubel. Sie zahlen zusammen 117 092 000 Rubel = 11,53 Proz. Dividende. Nach Gruppen zusammengestellt wurden die höchsten Dividenden mit 14,97 Proz. in der Zuckerfabrikation gezahlt, während die niedrigsten mit 7,23 Proz. bei Transport und Schifffahrt bezahlt wurden.

Aus der Frauenbewegung.

Ein süddeutscher Kellnerinnen-Verband ist kürzlich gegründet worden, der seinen Sitz in Karlsruhe hat. Die Gründung geht von zwei Direktoren Namens Schupp und Müller aus. Unser Parteiblatt in Karlsruhe bezeichnet das Unternehmen auf Grund seiner Kenntnis der Personen als ein Schwindelunternehmen, vor dem dringend zu warnen sei.

Die Aufnahmegebühr in diesen Verband beträgt 2 M., der vierteljährliche Beitrag ebenfalls 2 M. Mitglieder, welche wöchentlich 1,50 M. Beitrag bezahlen und nach vierteljährlicher Tätigkeit außer Stellung geraten, erhalten 14 Tage lang eine Unterstützung von 1 M. pro Tag. Man muß also in 13 Wochen 19 1/2 M. bezahlen, um 14 M. Unterstützung zu bekommen.

Schon auf Grund dieser Zahlen erscheint die Warnung durchaus berechtigt.

Gerichts-Beilage.

Gegen den ehemals beim Berliner Magistrat beschäftigten Bureau-Hilfsarbeiter Adolf Fromm wurde gestern vor der ersten Strafkammer des Landgerichts I wegen Urkundenfälschung, Betrugs und Unterschlagung verhandelt. Der Angeklagte gab die Straftaten zu, behauptete aber, daß er aus verschiedenen Ursachen nicht als voll zurechnungsfähig anzusehen sei. Er habe von Jugend auf an zeitweilige auftretenden Zuständen gelitten, die auf Epilepsie zurückzuführen seien. Er sei trotzdem für militärpflichtig befunden worden. Gelegentlich einer Marsschilbung im Jahre 1896 sei er von einem Sonnenstich befallen worden. Seit dieser Zeit habe er häufig an ohne Veranlassung auftretenden Wutanfällen gelitten. Im Jahre 1893 sei er beim Magistrat als Bureau-Hilfsarbeiter angestellt worden mit einem Anfangsgehalt von 90 M. monatlich, das in den letzten Jahren auf 120 M. gestiegen sei. Er habe dies Gehalt in Betracht der ihm obliegenden Arbeitslast für unzureichend und die ihm zu teil gewordene Behandlung für unwürdig gehalten. Dazu sei noch gekommen, daß der Magistrat die Beamteneigenschaft der Hilfsarbeiter nicht anerkennen wollte. Dies alles habe ihn zuletzt in eine so große Erbitterung gegen den Magistrat verlegt, daß sie als krankhaft zu bezeichnen sei. Er habe sich eingebildet, daß er sich die ihm verweigerte Gehaltssteigerung selbst verschaffen dürfe, und deshalb die Urkunden begangen, deren Strafbarkeit ihm erst nach ruhiger Ueberlegung im Gefängnisse klar geworden sei. Er hatte die Akten mehrerer Geisteskranken zu bearbeiten, die in der Irrenanstalt Herzberge untergebracht waren. Die Angehörigen der Kranken hatten die Pflegegehe für dieselben bei der Stadthauptkasse einzuzahlen, oder das Geld wurde von ihnen eingezogen. Der Angeklagte hatte nun städtische Quittungsformulare selbst ausgefüllt, die Beiträge von den Pflegern eingezogen und für sich verbraucht. Er gelangte dabei in den unrechtmäßigen Besitz von etwa 400 M. Daß die Stimmung des Angeklagten gegen den Magistrat immer noch eine erbitterte war, ging daraus hervor, daß er seinen früheren Vorgesetzten als einen „Denkerstumpf des Oberbürgermeisters Zelle“ bezeichnete, eine Bemerkung, die ihm seitens des Vorsitzenden Landgerichtsrats Diez, eine ernste Rüge zuzog. Die Zeugen belandeten, daß der Angeklagte häufig ein absonderliches Benehmen gezeigt habe, das Zweifel an seiner völligen Zurechnungsfähigkeit habe aufkommen lassen. Der medizinische Sachverständige, Gerichtsphysikus Dr. Störmer, begutachtete, daß der Angeklagte zweifellos ein geistig minderwertiger Mensch sei, aber es könne seine Rede davon sein, daß er nicht die Strafbarkeit seiner Handlungswiese eingesehen habe, als er sie beging. Der Staatsanwalt beantragte eine Gefängnisstrafe von einem Jahr, während der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Schwindt, ausführte, daß doch eine Menge Umstände für die Unzurechnungsfähigkeit des Angeklagten sprächen. Der Gerichtshof war der Ansicht, daß das Verhalten des Angeklagten als Beamter im höchsten Grade unwürdig und er — trotz allem! — auch für dasselbe voll verantwortlich sei. Das Urteil lautete auf ein Jahr sechs Monate Gefängnis, wovon zwei Monate durch die erlittene Untersuchungshaft für verstrichen zu erachten seien.

Ideales Streben nach einer ästhetischen Partracht. Der Erfolg, den der kaiserliche Hofschmied François Gabry mit der Reflema für seine Schmirrbartbinde und sein Schmirrbartwasser „Es ist erreicht“ erzielt hat, reizten den Parfümerie-Herrmann Janke in Berlin, der einige Häuser von Herrn Gabry entfernt wohnt, es diesem nachzutun. Er stellte daher gleichfalls ein Schmirrbartwasser her, von dem die Flasche nicht, wie bei Herrn Gabry, 2 M., sondern nur 1,50 M. kostet, und hielt es unter der Bezeichnung

„Unerreichtbar“ feil. Dies gefiel aber Herrn Gabry nicht, der sich für die Bezeichnung „Es ist erreicht“ den geschützten Schutz verschafft hat. Er stellte Strafantrag gegen Herrn Janke, und das Landgericht I in Berlin verurteilte am 8. Februar den letzteren wegen Vergehens gegen das Warenchutzgesetz zu 500 M. Geldstrafe. Das Urteil, in welchem u. a. von dem „idealen Streben nach einer ästhetischen Partracht“ die Rede ist, legt dar, daß die Gefahr einer Verwechslung der Bezeichnung des Angeklagten mit der des Herrn Gabry vorliege wegen des Begriffs „erreicht“. Der Angeklagte habe dies gewußt und sich hauptsächlich ein Wort ausgesucht, welches dem von seinem Konkurrenten gewählten ähnlich ist. Das Patentamt hatte übrigens dem Angeklagten das Wort „Unerreichtbar“ nicht eintragen wollen, weil es nicht eintragungsfähig sei, da es jedem freistehen müsse, seine Ware als unerreicht, unübertroffen, vorzüglich u. dgl. m. zu bezeichnen. — Gegen das Urteil hatte der Angeklagte Revision eingelegt. Der Verteidiger bestritt das Vorhandensein des Dolus. Wenn es jedem freistünde, seine Ware als unerreicht zu bezeichnen, so dürfte der Angeklagte die seine wohl auch als „unerreichtbar“ bezeichnen. — Der Reichsanwalt erklärte das Urteil gleichfalls für unhaltbar. Ein Wort, das lediglich eine Eigenschaft bezeichne, könne nicht geschützt werden, und seine Anwendung durch einen andern könne nicht strafbar sein. Das Gericht habe nicht geprüft, ob „Unerreichtbar“ nicht als eine Bezeichnung der Eigenschaft zu gelten habe. Wenn jemand wie Gabry ein Wort wähle, das an der Grenze der Schützbarkeit liege, so habe er es sich selbst zuzuschreiben, wenn er des vollen Schutzes des Gesetzes nicht teilhaftig werde. — Das Reichsgericht hob darauf das Urteil auf und verwies die Sache an das Landgericht zurück.

Das Vereinsgesetz gegen einen Arztverein. In einer pommerischen Stadt besteht ein Arztverein mit dem Zweck, die Interessen des ärztlichen Standes wahrzunehmen und unter andrem auch die Honorarfrage zu erörtern. Als aus dem Verein einige Mitglieder ausgeschieden waren, erhielt der Vorsitzende Dr. Weder ein Strafmandat wegen Vergehens gegen § 2 des Vereinsgesetzes; ihm wurde zur Last gelegt, daß er den Wechsel im Mitgliederbestand nicht der Polizeiverwaltung angezeigt hätte. Die Behörde erklärte den Verein für einen solchen, demzufolge öffentliche Angelegenheiten einzuwirken bezwecke. Dr. Weder bestritt die Anwendbarkeit des § 2 des Vereinsgesetzes und beantragte richterliche Entscheidung. Der Verein beschloß sich vorwiegend mit medizinischen Dingen. Allerdings werde er auch der Honorarfrage seine Aufmerksamkeit zuwenden, das sei aber keine öffentliche Angelegenheit. Das Schöffengericht und das Landgericht sprachen den Angeklagten frei, indem sie den Arztverein nicht als einen Verein im Sinne des § 2 des Vereinsgesetzes ansahen. Die Staatsanwaltschaft legte Revision ein und verwies darauf, daß Dr. Weder als Vorsitzender des Vereins beim Magistrat einmal angefragt habe, ob ein Arzt des städtischen Krankenhauses nebenbei noch eine Privatpraxis haben dürfe. Hieraus gehe hervor, daß der Verein die Konkurrenz beschränken wolle. Das sei ein Versuch, auf öffentliche Angelegenheiten einzuwirken. — Der Strafsenat des Kammergerichts hob die Vorratsurteilung auf und verwies die Sache zu anderweiter Entscheidung an das Landgericht zurück. Der Senat nahm an, daß der Verein in der That eine Einwirkung auf öffentliche Angelegenheiten bezwecke, und zwar durch die Erörterung der Honorarfrage. Diele der durch das große Publikum und den Staat und sei somit eine öffentliche Angelegenheit. Wegen der Strafzumessung habe die Sache an den Vorderrichter zurückverwiesen werden müssen.

Diese Entscheidung hat vielleicht das Gute an sich, daß auch der Unwille bürgerlicher Kreise sich gegen eine Gesetzesauslegung lehrt, unter der sonst meistens nur Arbeiter zu leiden haben.

Versammlungen.

Der Wahlverein für den fünften Kreis beschäftigte sich am Mittwoch mit einigen Anträgen, die in der Generalversammlung keine Erledigung fanden und deshalb vertagt worden sind. Geschlossen wurde: In Generalversammlungen soll der Zutritt nur gegen Vorgeignung des Mitgliedsbuchs gestattet sein. — Mitglieder, die mit ihren Beiträgen 3 Monate im Rückstande sind, werden vom Kassierer gemahnt, erfolgt dann noch keine Zahlung, dann soll das betreffende Mitglied vom Abteilungs- bzw. Bezirksführer mündlich gemahnt, und wenn auch das nicht Erfolg hat, aus der Liste gestrichen werden. — Als Führer der fünften Abteilung wurde Wirth befristet.

Die **Formen- und Berufsge nossen** hielten am Sonntag eine stadtbesuchende öffentliche Versammlung im Gewerkschaftshaus ab, in der A. Kürsten über die Einigungsverhandlungen in Leipzig referierte. Der Referent, der zunächst den geschichtlichen Verlauf der Formerbewegung schilderte, erinnerte in seinen Ausführungen daran, daß sich mit der Frage der Organisationsform schon seit vielen Jahren zahlreiche Konferenzen beschäftigt haben und sowohl seitens der Mitglieder des Metallarbeiter-Verbandes als auch von den Mitgliedern des Centralvereins der Formen versucht worden war, eine Einigung der beiderseitigen Organisationen zu erzielen. Der Referent verwies auf die einseitige Organisation der Unternehmer, auf die Centralisation der Betriebe in der gesamten Metallindustrie, auf die verschiedenen Resultate bei den stattgefundenen Lohnkämpfen, auf die Unzulänglichkeiten bei der Agitation unter den gegebenen Verhältnissen und er erläuterte sodann, unter lebhaftem Beifall der Referenten, die Notwendigkeit eines einheitlichen Vorgehens und die verschiedenen Vorteile, die daraus den gesamten Metallarbeitern erwachsen würden. In der Diskussion, an der sich Stobias, Bernick, Plath, Käber, L. Müller und andre beteiligten, wurde von allen Rednern der Standpunkt vertreten, daß eine Einigung und Verständigung zwischen dem Centralverein der Formen und dem deutschen Metallarbeiter-Verband auf geeigneter Grundlage stattfinden müsse. Es wurde hierbei wiederholt auf die Persährenheit und die unangenehmen Verhältnisse hingewiesen, die infolge der Organisations-Differenzen in vielen Betrieben vorherrschen und durch welche die agitatorische und organisatorische Tätigkeit für beide Organisationen außerordentlich erschwert wird. Mit allen gegen 6 Stimmen wurde schließlich folgende Resolution beschlossen: „Die Versammlung erklärt sich mit den Arbeiten der Einigungskommission einverstanden und setzt das Vertrauen in die Delegierten zur Generalversammlung in Hamburg, daß sie in diesem Sinne wirken, und einen Anseh der Formen an den Metallarbeiter-Verband als Reichssekretion herbeiführen.“ Hieran berichtete A. Plath über die verschiedenen Mißstände in den Berliner Biehereien. Nach diesen und den Ausführungen der Diskussionsredner sind in einer Anzahl Biehereien gerade in der letzten Zeit erhebliche Lohnreduzierungen versucht und auch vorgenommen worden. Außerdem wurden mehrfach diejenigen gemahnt, welche für die Beseitigung der mannigfachen Mißstände eintraten und sich gegen die Lohnabläge wandten. Von mehreren Rednern wurde betont, daß die gerügten Zustände im wesentlichen nur die Folge des oft lauen und unsolidarischen Verhaltens sind und meist nicht vorhanden wären, wenn jeder Former organisiert und streng nach den gefassten Beschlüssen handeln würde.

In der **Generalversammlung der Stuccateure**, die am 21. d. M. tagte, erstattete der Revier-Raport den Bericht über die Abrechnung vom 1. Quartal. Derselbe ergab a) Einnahme für die Hauptkasse 888,74 M., Ausgabe 50,94 M., abgeführt an 807,80 M.; b) Einnahme der Filiale 625,06 M., Ausgabe 371,48 M., mithin Bestand 253,58 M., Einnahme für den Streifhosen 1447,41 M., Ausgabe 588,95 M., Bestand 908,46 M. Zum 2. Punkt der Tagesordnung: Unsere Lohnbewegung und die schwarzen Listen der Unternehmer wurde berichtet, in welcher rigorosen Weise die Unternehmer gegen einen Teil der Kollegen vorgegangen sind. Bei der Firma Junkersdorf, die in diesem Frühjahre die Lohnarbeit einführte, brachen wegen zwei dort beschäftigter Stuccateure, Pollad und Thote, Differenzen aus. Diese Arbeiter überschritten die vertragsmäßig festgelegte Arbeitszeit und drohten die übrigen Arbeiter abendreich mit Prügel. Die übrigen Arbeiter verlangten deshalb, Herr Junkersdorf möge dafür sorgen, daß diese zwei Stuccateure nicht mehr auf den Bauten beschäftigt werden, wo die

übrigen Stuccateure beschäftigt sind. Herr Junkersdorf kam diesem Verlangen nicht nach und legte unweigerlich die Arbeiter die Arbeit nieder und sperrte die Firma. Die Sperre beantwortete die in aller Eile organisierte Meisterschaft unter Führung des Stadtvorordneten Herrn A. Kleefeld mit Herausgabe einer schwarzen Liste, die folgenden Vorkauf hatte:

Nachfolgende Stuccateure, welche in täuschlicher und ungerechtfertigter Weise über die Verhinderung der Firma Junkersdorf eine Sperre verhängt haben, werden während der nächsten 4 Wochen nicht eingestellt bezw. dort, wo eine Einstellung bereits erfolgt ist, am Sonnabend, natürlich ohne Angabe von richtigen Gründen, entlassen. Es wird ausdrücklich gebeten, die größte Diskretion über dieses unser Vorgehen zu wahren. Ferner werden die Herren Kollegen gebeten, etwaige Angebote von Auftraggebern zur Ausführung bezw. Fortsetzung der von Herrn Junkersdorf gezwungenermaßen nicht weiter geführten Bauten abzulehnen und zwar dieses mit Angabe von Gründen. Von Händlern 172, 173, 174 (Seiberg), Rantstraße (Lüderath), Reineckstraße (Wrede).

(Folgen Namen der gemahregelten Arbeiter.)
Der Vorstand.
A. Kleefeld, Junkersdorf, Dammich, Caspar, Jädel, Schröder, Volkstäter.

Auf Grund dieses Schriftstücks wurden dann auch sämtliche Kollegen wieder entlassen. Es entspann sich hierüber eine rege Debatte, und wurde der einstimmige Beschluß gefaßt, daß in allen den Firmen, wo der Lohnkommission der Beweis erbracht ist, daß die Kollegen auf Grund von schwarzen Listen entlassen sind, sofort die Arbeit niederzulegen ist. Dem Hauptvorstand wurden 500 M. überwiesen. Nachdem noch zu reger Beteiligung zum Stiftungsfest, welches am 16. Juni in den „Arminhallen“, Kommandantenstraße 20, stattfand, aufgefördert, erfolgte Schluß der gutbesuchten Versammlung.

Der Krieg.

Der Vaal überschritten!

Die Engländer haben den Vaal überschritten, anscheinend ohne wesentlichen Widerstand zu finden. Feldmarschall Roberts telegraphierte am 27. d. M. aus Vereeniging. Wir haben heute früh den Vaal überschritten und lagern auf dem Nordufer desselben. Auf unserer Seite wurden drei Mann verwundet, einer wird vermisst. Generalmajor Baden Powell berichtet, daß die Eisenbahn zwischen Tulaovayo und Maseling wieder hergestellt ist und Vorräte in Maseling eintreffen.

Ueber den Einmarsch der britischen Truppen in Transvaal drahtet der Berichterstatter des „Standard“ aus Laabosch vom 26. Mai: Die Truppen unserer Vorkat betreten Transvaal heute morgen 11 Uhr auf dem Wege über die Bilsjoendrift. Eine Stunde vorher fuhr ein Voerenzug über die Brücke, von der ein Bogen in die Luft gesprengt wurde. 30 Voerenzugplänker, die zurückgeblieben waren, um zu plündern, feuerten aus einem Versteck hinter einigen Häusern auf unsere Truppen, aber unter Granatfeuer zwang sie zum schleunigen Rückzug. Etwa 100 Voeren hatten eine Stellung in einem Kohlenbergwerk inne. Der Fluß wurde unter lauten Hurras von Comptons Reitern und einer Compagnie Boemanry überschritten. Die Truppen verfolgten die Voeren, die mit gemauer Rot entkamen. Wie es scheint, erachtete General Botha die Vaallinie als unhaltbar, die großen Kanonen wurden nach Pretoria geschickt. Gegenwärtig gedente der Feind am Kliphuis und vor Johannesburg standzuhalten. Oberst Hants berittene Infanterie besetzte Sonnabendmorgen Vereeniging. Dem „Morning Leader“ zufolge sollen britische berittene Truppen bereits in Johannesburg sein.

Kerner liegt folgendes Telegramm vor:
London, 27. Mai. Die heutigen Blätter besprechen in längeren Artikeln die Thatsache, daß das Kriegsschiff weitere 11 000 Mann Unterstützungstruppen nach Südafrika entsendet. Sie vergleichen das allgemeine Ersauern, welches diese Meldung hier hervorgerufen hat, zumal seit den letzten Wochen täglich von der immer mehr zunehmenden Unterwerfung der Voeren die Rede ist. Man kann sich schlecht erklären, weshalb augenblicklich, wo bereits 240 000 Mann englischer Truppen gegen 20 000 bis 30 000 Voeren stehen, noch solche Verstärkung nötig ist. Einige Blätter ziehen daraus den Schluß, daß der Widerstand der Voeren noch lange nicht gebrochen ist; andre dagegen drücken ihre feste Hoffnung aus, daß die Avantgarde Lord Roberts' Ende dieser Woche vor Johannesburg eintreffen werde.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Die belgischen Kammerwahlen.

Brüssel, 28. Mai. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Die Sozialisten haben je ein Mandat errungen in Antwerpen, Löwen, Nivelles, Gent, Tournai, Soignies, Thuin, Romur; je zwei in Nivelles und Huy, in Charleroi 5, in Lüttich und Brüssel erhielten wir je 6, in Mons 3. Liberale sind im ganzen 33 und zwar meist Radikale gewählt, sodann ein Daensist. Die Mandate der Liberalen sind von 113 auf 85 gesunken. Ein großer Stimmengewinn der Sozialisten wird von überall gemeldet. (Vergleiche Politische Uebersicht.)

Die Dreifus-Affaire in der französischen Deputiertenkammer.

Paris, 28. Mai. (B. Z. B.) Nachdem sprichwörtlich Waldeck-Roussieu unter ungeheurer Weisheit der Linken und der Tribünen. Die Deputierten der Linken stehen auf und begrüßwünschen den Ministerpräsidenten; es werden Drohreden auf das Ministerium und die Republik ausgebracht. Der Präsident schlägt das Zimmloch wegen der Sitzung und läßt die Tribünen räumen. Nach Wiederöffnung der Sitzung nimmt Waldeck-Roussieu nochmals das Wort. Sodann wird die Diskussion geschlossen. (Vergl. Pol. Uebersicht.)

Frankfurt a. M., 28. Mai. (B. Z.) Nach einem Telegramm der „Frankf. Ztg.“ aus München ist der Generalintendant der königlichen Hofmusik, Herr v. Verfall, um die Enthebung von der Leitung der Akademie der Tonkünste eingekommen. Ursache sollen Bestimmungen über das Kultusministerium und die Staatsberatung im Landtag sein.

Frankfurt a. M., 28. Mai. (B. Z.) Die „Frkf. Ztg.“ meldet aus Amsterdam: Der zweiten Kammer wurden zwei Entwürfe betr. die Friedenskonferenz, unterbreitet. Die Anwendung der Geislerkondition auf den Krieg (Artikel 10) wurde nur mit einer Stimme Mehrheit angenommen. Die Bestimmungen über den Landkrieg vom 28. Juli 1899 wurden nur von der Schweiz und von China nicht unterzeichnet.

Wien, 28. Mai. (B. Z.) Zwischen den Stationen Weidling und Altmanndorf stürzte eine Lokomotive den Bahndamm hinter, wobei der Maschinenführer getötet und der Feiger schwer verwundet wurde.

Wien, 28. Mai. (B. Z.) Bei der heutigen Gemeinderatswahl im ersten Wahlkörper wurden 14 Liberale und 7 Antisemiten gewählt. Es ist eine Stichwahl notwendig.

Budapest, 28. Mai. (B. Z. B.) In der Ganzschen Waggonfabrik stellten über 3000 Arbeiter die Arbeit ein, weil monatliche Lohnzahlung bei den Rekordarbeiten eingeführt wurde. Generaldirektor Eszthos erklärte einer Abordnung von Arbeitern gegenüber, er sei bereit, die bisherige Gepflogenheit aufrechtzuerhalten, wenn die Arbeiter um 3 Uhr nachmittags die Arbeit wieder aufnehmen. Ein Teil der Arbeiter nahm heute, die übrigen nehmen die Arbeit morgen wieder auf.

London, 27. Mai. (B. Z.) „Daily Express“ berichtet aus Demarata (Engl. Gupana), daß ein Personendampfer mit 120 Personen an Bord auf dem Flusse von Potaro gesunken ist und 40 Personen dabei den Tod fanden.

Aus England.

London, den 28. Mai.

„Sturpend“ nennt ein Blatt der Regierungspartei den Sieg, den gestern der Regierungskandidat bei der Nachwahl in Süd-Manchester erlangt hat. Mr. William Robert Peel, ein Enkel des berühmten Staatsmanns Robert Peel, ward in einem Wahlkreis, der bis 1895 stets liberal gewählt hatte und in jenem Jahre der liberalen Niederlagen von den Unionisten mit der winzigen Mehrheit von 78 Stimmen gewonnen worden war, gestern mit 2039 Stimmen Mehrheit gewählt, für diese Verhältnisse ein sehr großer Vorsprung. Von 8955 abgegebenen Stimmen erhielt Mr. Peel 5497, sein radikal-liberaler Gegenkandidat, Mr. L. Jones, 3453 Stimmen. Das Resultat hat beide Parteien gleichmäßig überrascht. Wohl hatte eine Gruppe der Liberalen schon vor vierzehn Tagen angekündigt, sie werde gegen Mr. Jones stimmen, der ihr zu parteilich für die Boeren sei, dafür hatten aber der Gewerkschaftsrat von Manchester und die unabhängige Arbeiterpartei sich energisch für Jones ausgesprochen und viele Socialisten und beliebte Arbeiterführer in Versammlungen und Flugblättern zur Wahl desselben aufgefordert. Und nun gingen, bei einer Vermehrung der Wählerzahl um 850, zum großen Teil Arbeiter, die Stimmen der Opposition um 921 gegen die vorige Wahl zurück, die der Regierung um 1040 aufwärts!

Heber den Sinn dieses Resultats kann kein Zweifel sein. Es ist, wie das Schlagwort jetzt lautet: Kahl: Soldatenfarbe, d. h. Unterstützung der Regierungspolitik in Süd-Afrika. Mr. Jones vertritt ein sehr vorgeschrittenes Programm wirtschaftlicher und politischer Reformen — er hatte so ziemlich das ganze socialistische Aktionsprogramm acceptiert. Aber er war gegen jede Beeinträchtigung der Unabhängigkeit der Boerenstaaten, wollte ihnen lediglich jene Forderungen auferlegt sehen, welche die englische Regierung im vorigen Jahre durch Sir Alfred Milner erhoben hatte, und das entschied gegen ihn. Mr. Peel und seine Freunde stellten im ganzen Wohlklang die Südafrika-Frage in den Vordergrund. „Steht in dieser Krisis zur Regierung, nicht zu unserer tapferen Armee, protestiert dagegen, daß wir mit so vielen Opfern erkämpft wurden, durch eine schwächliche sentimentale Diplomatie preisgegeben werde“ — das war ihre Wahlparole. Und die große Mehrheit der Wähler folgte ihr.

In gleicher Weise hatten schon am Mittwoch die Wähler auf der Insel Wight eine erhöhte Mehrheit für den Regierungskandidaten abgegeben, obwohl dort der liberale Kandidat sich für wesentlich schärfere Maßregeln gegenüber den Boerenstaaten erklärt hatte, wie Mr. Jones.

Nach alledem ist es außer Zweifel, daß wenn die Regierung jetzt das Parlament auflöst und Neuwahlen anschiebt, das Land eine konservativ-unionistische Mehrheit wählen und so ihr Mandat bis 1906 oder 1907 verlängern würde. Einige Regierungsblätter, darunter der „Standard“, empfehlen dem auch diesen

Schritt. Man müsse das Eisen schmieden, so lange es warm sei, und es nicht auf spätere Zufälligkeiten ankommen lassen, ob das Land einer so innerlich zerrütteten und zerfahrenen Regierung ausgeliefert werde, wie eine liberale Mehrheit sie zur Folge haben würde. Es wäre für die auswärtige Politik von höchstem Wert, dem Ausland jede Illusion über die Möglichkeit eines in Kürze erfolgenden Regierungswechsels zu nehmen.

Diese Auffassung vertritt namentlich der „Standard“, dem man Fühlung mit Lord Salisbury nachsagt und der jedenfalls der auswärtigen Politik seine besondere Aufmerksamkeit zuwendet. Andere Blätter der Regierungspartei halten die Ausscheidung von Neuwahlen im jetzigen Moment für bedenklich, und zwar fürchten sie oder behaupten sie zu fürchten, daß die liberale Partei bei ihnen nahezu völlig aufgegeben würde, was für das verfassungsmäßige Leben des Landes eine große Gefahr bedeute und um jeden Preis vermieden werden müsse. Einige Blätter erklären sogar, ihre Freude über den Wahlsieg in Manchester würde größer sein, wenn die Niederlage der Liberalen weniger groß gewesen wäre.

Es wird nun abzuwarten sein, wofür die Regierung sich entscheidet und welche Rückwirkung die beiden Wahlen auf die Fraktionen innerhalb der liberalen Partei haben werden. Die Friedensfreunde waren gestern in größerer Zahl — gegen 500, darunter die Arbeiter-Abgeordneten Broadhurst, Dunt, Maddison usw. — unter dem Vorsitz von Leonard Courtney im Westminster Palace Hotel zusammen und stimmten dort einstimmig für eine Resolution, welche den Gedankengang von Courtneys, die Annexion als unflug und ungerecht verurteilende Sendeschreiben an Lord Salisbury zusammenfaßt. Eine zweite Resolution fordert dringend die größtmögliche Schonung der nichtkämpfenden Bevölkerung der Boerenstaaten und ihres Eigentums und Abkürzung der kriegsrechtlichen Verwaltung des besetzten Gebiets auf das möglichste Mindestmaß.

Aus etwas anderem Ton sprach dagegen der liberale Parteiführer Asquith im Cityclub der Liberalen. Er erklärte zwar jede von dem Gefühl der Vergeltungsdurst diktierte Regelung der Dinge in Südafrika für einen Verstoß gegen die besten Lebenslieferungen britischer Staatskunst und alle von England vor und bei Beginn des Krieges abgegebenen Erklärungen, führte aber zugleich aus, England habe während des Krieges so vieles erfahren, was ihm vorher unbekannt gewesen, es sei hinter so viel früher nicht einmal vermutete Gefahren für seine Besitzungen in Südafrika gekommen, daß es politische Blindheit hieße, im Lichte der besseren Information und im Angesicht des teuren Preises, den England für seine Unwissenheit und Indifferenz habe zahlen müssen, nicht für genügend starke Verfügungen gegen spätere Friedensstörungen Vorkehrungen zu treffen.

Der „Star“, eines der wenigen Organe der Amerikansgeger, bezeichnet diese Bemerkung als „rätselhaft“, und läßt sie nicht

klar erkennen, ob Mr. Asquith für oder gegen die Annexion ist. Ob den Boeren ihre nationale Unabhängigkeit aus Rücksicht oder aus Vorsicht genommen wird, wird ihnen ziemlich gleichgültig sein. Mr. Asquith wollte die Schwierigkeit umgehen, indem er es für verfrüht erklärte, solche Worte wie Annexion zu gebrauchen. Wenn die Zeit der Entscheidung gekommen, werde man die faktischen Vorschläge zu beurteilen und nach ihnen die Bezeichnung für die Sache zu wählen haben. Nichts kennzeichnet die verzwickte Situation der liberalen Führerschaft mehr als diese Verlegenheitswendungen eines Mannes, der zu ihnen wenigstens bescheidenen Mitgliedern gehört.

In den unermuteten Verhandlungen, auf welche Mr. Asquith anspielt, gehören wahrscheinlich die Entwürfe, welche die „Times“ am Donnerstag in einer langen Korrespondenz aus Bloemfontein veröffentlicht haben. Sie betreffen eine geheime Konferenz von Freistaat- und Transvaal-Boeren, die im Jahre 1887 im Hause Krügers stattgefunden haben soll, und deren Protokoll der Gewährung der „Times“ in Bloemfontein aufgefunden haben will. Danach hätten Krüger, Wilmarsand u. a. Mieden geführt, die ganz deutlich die bestimmte Absicht erkennen lassen, bei der ersten passenden Gelegenheit gegen England vorzugehen. „Ihr kennt meine geheime Politik.“ Wartet noch ein paar Jahre.“ Die Befreiung ist nahe.“ Keine Eisenbahn-Union mit der Kapkolonie. Wir sind nicht gegen die Holländer in der Kapkolonie. Die Zeit wird zeigen, was wir hinsichtlich ihrer zu thun wünschen. Vorläufig aber müssen wir sie aus unserm Bunde lassen.“

Das Klingt in den Ohren von Engländern verärgert genug, wenngleich man niemand Wünsche und Absichten verwechseln kann. Aber die erste Frage ist natürlich, ob das Protokoll echt ist. Unwillkürlich wird man, wenn man die Korrespondenz liest, daran erinnert, wie die „Times“ etwa um dieselbe Zeit, wo jene geheime Konferenz stattgefunden haben soll, auf die Entlassungen des Dr. Fagot über die Verbindung Parrells mit den Mördern von Phönix-Part hinchief.

Witterungsübersicht vom 28. Mai 1900, morgens 8 Uhr.

Table with 4 columns: Stationen, Barometer, Windrichtung, Windstärke. Rows include Berlin, Hamburg, Frankfurt, München, Wien, Prag, Budapest, etc.

Wetter-Prognose für Dienstag, den 29. Mai 1900.

Wärmer, zunächst ziemlich heiter bei mäßigen südlichen Winden; nachher zunehmende Bewölkung und etwas Regung zu Gewittern. Berliner Wetterbureau.

Centralfasse d. Tapezierer. Todes-Anzeige.

Donnerstag, den 24. Mai cr., früh unser Mitglied 12708

Theodor Gente.

Die Beerdigung findet Dienstag, den 29. Mai, von der Leichenhalle des Hofst. Apostel-Kirchhofs, Seidenberg, Uferstraße, aus statt.

Central-Verband der Maurer Deutschlands Filiale Berlin I (Unter).

Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß unser Mitglied

Zul. Dietrich

nach langem Krankenlager am 27. Mai verstorben ist.

Die Beerdigung findet am Donnerstag, nachm. 4 Uhr, von der Leichenhalle der Stions-gemeinde in Nieder-Schönhaufen statt.

Die Mitglieder sowie die Mitglieder des Sängervereins werden erucht recht zahlreich zu erscheinen.

Die örtliche Verwaltung, J. A. H. Schulz.

Orts-Krankenkasse der Maler.

Am Sonnabend, den 26. Mai 1900, abends 8 1/2 Uhr, verstarb nach längerem schweren Leiden unser langjähriger Vorsitzender

Richard Schröder.

12658 Der Vorstand.

Dem Fachverein der Böder herzlichen Dank für die rege Beteiligung bei der Beerdigung meines Bruders, sowie für die Kranzspenden. 12658 Wwe. Sophie Gierach.

Daufragung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meines Bruders Hannes, des Zimmerers

Ernst Schulz,

sage hiermit allen Freunden, Verwandten und Bekannten, sowie dem Vorstand der Zimmerer und dem Wahlverein des 6. Wahlkreises meinen herzlichsten Dank. 12758 Wwe. Emma Schulz.

Für die Teilnahme bei der Beerdigung unserer lieben Mutter, der Witwe Emilie Schneider, sagen wir auf diesem Wege unseren ergebensten und besten Dank. 12148 Die Hinterbliebenen.

Kranzbinderi u. Blumenhandlung von

Robert Meyer,

No. 2, Mariannenstr. No. 2. Wohnungs-Franze, Gürtelbänder, Ballsträußen, Bouquets etc. werden sehr geschmackvoll und preiswert geliefert.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

(Zahlstelle Berlin.) Mittwoch, den 30. Mai, abends 8 Uhr, bei Keller, Köpenickerstraße 29

General-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Sachverhalt. 2. Bericht des Vorstands und des Arbeitsvermittlers. 3. Wahl des Aufsichtsrats. 4. Wahl eines Schriftführers. 5. Bericht vom Vorstandstag. 6. Antrag auf Anstellung eines Beamten. 7. Antrag auf Anstellung des Bauvorstehers. 8. Verhandlungsgegenstände. Die Mitglieder werden erucht, zahlreich und pünktlich zu erscheinen. Eintritt nur mit Mitgliedsbuch.

Die Ortsverwaltung. N.B. Die Mitglieder der Ortsverwaltung werden erucht um 7 1/2 Uhr im Lokal anwesend zu sein.

Achtung! Parkettbodenleger. Achtung!

Heute, Dienstag, den 29. d. M., nachmittags 2 1/2 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Engel-Ufer 15, Saal I.

Verammlung.

Berichterstattung der Kommission über die Verhandlungen mit den Fabrikanten und Berleichenen.

Achtung! Rixdorf. Achtung!

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Dienstag, den 29. Mai, abends 8 Uhr, im Lokal des Herrn Thomas, Hermannstr. 18/50

Bautischer-Versammlung.

Vortrag des Kollegen Matthes. N.B. Die Beiratsmänner-Sitzung fällt aus. 80/18 Die Ortsverwaltung.

Droschkentischer. Oeffentl. Versammlung

am Mittwoch, den 30. Mai, abends 9 Uhr, in der „Norddeutschen Brauerei“, Chausseestr. 58.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen Dupont über: „Hoff und Augen der Gewerkschaftsorganisation“. 2. Wie stellen sich die Kollegen zur Abschaffung des weichen und zur Wiedereinführung des schwarzen Bundes für sämtliche Droschkentischer? 3. Beschlüsse. 12628 Nur zahlreiches und pünktliches Erscheinen erucht Das Agitationskomitee.

Fachverein der Musikinstrumenten-Arbeiter

und Berufsgenossen Berlins und Umgegend. Mittwoch, den 30. Mai, abends 8 1/2 Uhr, bei Herrn Graumann, Tauentzienstr. 27

Delegierten-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Die jetzige Situation in unserem Beruf. 2. Diskussion. 3. Beruflich-Angellegenheiten. Jeder einzelne Delegierte wird hierdurch aufgefordert, in dieser Versammlung zu erscheinen. Bitte dieses zu beachten.

Schmerzloses Zahnziehen

ohne Narkose. Jeder Versuch Original-Anschreiben höchster Spezial: Plattenloser Zahnersatz. Absolut feststehend, vorzüglich beim Sprechen, Singen etc. Plomben, Nervtöten, Reinigen etc. Sprechst. 9-6 (Fernsprecher) Sonntag 9-12

Linde

Brückenstr. 6b. I. a. d. Jannowitzbrücke.

Apollinaris

NATÜRLICH KOHLENSAURES MINERALWASSER.

Versandt im Jahre 1888 ... 12,720,000 Gefässe

„ „ 1899 ... 25,720,000 „

„Sein angenehmer Geschmack und sein hoher Gehalt an reiner Kohlensäure, zeichnen es vor den andern ähnlichen Mineral-Wässern vorthelhaft aus.“

Geh. Med.-Rath Prof. Dr. Virchow, Berlin.

Achtung! Brauer. Achtung!

Gemäß dem Beschlusse der öffentlichen Versammlung vom 8. April bei Deibel, Neue Friedenstr. 35, veröffentlichten wir diejenigen, dem Verein der Brauerinnen Berlin und Umgegend nicht angehörenden Brauerinnen, welche die Forderungen der Fünfer-Kommission nicht anerkannt haben: Mühlener Brauhaus, Berlin; Brauerei Fiebeldorf; Kaiser-Brauerei, Charlottenburg; Stadtbrauerei H. Vorch, Kellertierstraße; Bilsener Brauhaus, Veteranenstraße; Brauerei Eubers, Weißenseer; Brauerei Kink u. Comp., Alt-Gesellsh. 12226 Die Fünfer-Kommission. J. N.: L. Hodapp, Weihenice, Borchstr. 13.

Redactenr-Gesuch.

Zur Leitung des politischen Teils der „Münchener Post“ wird ein wissenschaftlich gebildeter und journalistisch befähigter Redactenr per 1. Juni gesucht. Mit den bayrischen Verhältnissen vertraute Bewerber werden bevorzugt. Offerten an Hans Hüsmelner, München, Bayerstr. 93/94.

Zenith-Cigaretten

werden jetzt von jedem wirklichen Kenner bevorzugt. [10536

Wer einmal

Gluten-Kakao

Gemüse- und Kraftsuppen Bouillon-Kapseln Suppen-Würze

MAGGI

versucht hat, wird diese vorzüglichen und billigen Produkte stets weiter verwenden. Daher empfiehlt sie Franz Rehderff, Inh. Alfred Schiffer, N., Elisabethkirchstr. 15.

Wer-Stoff-hat

fertige Anzug 20 M., feinste Zuthaten, saubere Arbeit, zwei Anproben. 45472

!!! Ohne Konkurrenz !!!

!!! Ladelloser Sitz !!!

Anzug-Reste, Paletot-Reste spottbillig.

Berkaufe fast jeden Stoff billiger als Fabrikanten-Kollektion. Herren-Bekleidung Brunnenstraße Nr. 66, pari.

Möbelstoffe!

auch Reste! alle Dual, selten billig! Gelegenhaltkauf: Moquette-Plüsch 5,35 M. per Meter (130 cm breit). (46018) Muster b. näherer Angabe franco. Berlin S., Emil Lefevre, Cranienstr. 158.

Verein der Polsterer und Dekorateur.

Mittwoch, den 30. Mai, abends 8 1/2 Uhr.

bei Paster, Fieselsstraße 10: Mitglieder-Versammlung.

1. Berichterstattung vom Kongress. 2. Diskussion. 3. Beschlüsse. Gasse willkommen. 12676

!Hosen, Anzüge, Paletots!

vorjährige Maßbestellungen. Hälfte Kostenpreis.

Ludwig Engel,

Berendstraße 170/18 Münzstraße 26, part.

!! Radler-Anzüge !!

von einer Lieferung zurückgelassen: Hälfte Kostenpreis. Ludwig Engel, Berendstraße 170/18 Münzstraße 26, part. (47032)

Haut- und Harn-Leiden

heilt 30662

ohne schädliche Mittel

E. Herrmann, Apotheker, Georgenkirch-Platz Nr. 21.

Sprechst. 10-11, u. 5-8.

Natur-Heilverfahren.

Gaut-, Harn- u. Blasenleiden, Chron. Krankh., heilt sicher ohne Beerdigung. (35782)

R. Wagner, (St. Wallstraße 23.) 9-2, 5-9, Sonntag 9-2.

Anzüge

und Paletots von 30 M. an, feinst elegant sitzend (43822)

Reinhold Werner,

Gr. Frankfurterstr. 70. Kl. Andrastr. 12.

Falbe

44 Eissenerstr. 44 (am Cranienburger Thor). Behandl. aller Haut-, Harn- u. Blasenleiden ohne Beerdigung, ohne schädliche Mittel u. Gifte. Sprechst. 9 morg. bis 9 abends, Sonntag u. Donnerst. tag 9-3. 45112

Bei Vorlegung der Verbandsarten 10 Pce.

Fahrräder-Leihhaus

Neue Schönhauserstr. 11. Große Auswahl verschiedener Herren- u. Damenräder. Nur gute, deutsche Marken, eminent billige Preise. (8229

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Dienstag, den 20. Mai.
Cyrenhand. Fingros Hochzeit. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schauspielhaus. Die Verschönerung des Friedes zu Genoa. Anfang 7 1/2 Uhr.
Deutsches. Der Star. Anfang 7 1/2 Uhr.
Leistung. Daisy (A runaway girl). Anfang 7 1/2 Uhr.
Berliner. Luigi Casarelli. Totentanz. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues. Das Stützungsfest. Anfang 7 1/2 Uhr.
Reizend. Die Dame von Mainz. Anfang 7 1/2 Uhr.
Wespen. Die Weisheit. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schiller. Freudlose Liebe. Hierauf: Die Schullehrerin. Anfang 8 Uhr.
Thalia. Wie man Männer fesselt. Anfang 7 1/2 Uhr.
Eniten. Die eine weint, die andre lacht. Anfang 8 Uhr.
Central. Berlin nach Elf. Anfang 8 Uhr.
Carl Weiss. Kämpfende Armut. Anfang 8 Uhr.
Victoria. Die Kanonenkönigin. Anfang 8 Uhr.
Friedrich. Wilhelmstädter. Die Mädchenhändler von Europa. Anfang 8 Uhr.
Belle-Alliance. (Internationale Urania.) Bis ans Ende der Welt. Anfang 8 Uhr.
Metropol. Spezialitätenvorstellung. Der Zauberer am Nil. Anfang 8 Uhr.
Apollo. Spezialitäten: Vorstellung. Ein Abenteuer im Harem. Anfang 8 Uhr.
Neuschellen. Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.
Wahage. Panopticum. Spezialitäten-Vorstellung.
Urania. Invalidenstr. 57/62. Täglich abends von 8-10 Uhr: Sternwarte.
Laudenstraße 48/49. Abende 8 Uhr (im Theatersaal): „Von den Alpen zum Vesuv“.

Schiller-Theater

(Wallner-Theater).
Dienstag, abends 8 Uhr:
Freudlose Liebe.
Schauspiel in 3 Akten v. G. Giacosa, deutsch von D. Eichenberg.
Hierauf:
Die Schullehrerin.
Lustspiel in 1 Akt von Emil Böhl.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Freudlose Liebe.
Hierauf:
Die Schullehrerin.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Niobe.
Hierauf:
Der Diener zweier Herren.

Central-Theater

Sensationeller Lacherfolg!
Anfang 8 Uhr.
Berlin nach Elf.
Gr. Posse in glänzender Ausstattung. Die sensationellen Schlager: Eisenbahn-Quartett! Cordula! Lebenslauf einer Künstlerin!
Anfang der Parfums.
(Wunderbares Ballett.)
Sitz voll. Sonnabend: Berlin nach Elf.

Thalia-Theater.

Tel. Amt IVa 6440. Dresdenstr. 72/73.
Gastspiel
Annie Dirksen.
Wie man Männer fesselt.
Handrolle: Posse in 4 Akten. Musik v. Victor Roger.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Morgen und folgende Tage: **Wie man Männer fesselt.**

Carl Weiss-Theater

Gr. Frankfurterstr. 132.
Kämpfende Armut.
Anfang 8 Uhr.
Im Garten täglich:
Gr. Frei-Konzert von 7-11 Uhr.
Sonntag, 3. Juni, zum erstenmal:
Am Spieltisch des Lebens.

Belle-Alliance-Theater.

Im herrlichen Sommergarten: (vormerkliches u. probierbares Sommer-Etablissement der Reizend.)
Großes Militär-Doppel-Konzert.
Variété-Vorstell. vornehmsten Genres.
Weltberühmte Illumination.
Anfang 6 Uhr. Eintritt 75 Pf.
Saisonkarten an der Kasse.

W. Noacks Theater.

Vennstr. 16.
Jeden Sonntag, Dienstag und Donnerstag:
Theater-Vorstellung.
Ein Bengalischer Tiger.
Lustspiel in 1 Akt von Otto Raubold.
List und Phlegma.
Posse mit Gesang in 1 Akt von Angelo.
Im wunderschönen Monat Mai.
Lustspiel in 1 Akt von Studentenbrud.
Im Saal: **Großer Ball.**

Urania

Taubenstr. 48/49.
Im Theater abends 8 Uhr:
„Von den Alpen zum Vesuv“.
Invalidenstr. 57/62:
Tägl. Sternwarte.
Nachmittags 5-10 Uhr.

Passage-Panopticum.

Riesen und Zwerge.
10 Uhr vorm. bis 10 Uhr abds.
Passage-Theater:
Vorstellung von 7-10 1/2 Uhr.

CASTANS PANOPTICUM

Friedrichstr. 165.
Der berühmte Magier
Mr. Roberts.
Die weltberühmte
Hohenzollern-Galerie.
Die Helden des Transvaal-Kriegs.
Der französische Saal.
Im Restaurant täglich mittags und abends
Grosses Konzert

Metropol-Theater.

Schrenkstr. 55/57. Direktion H. Schulz.
Telephon I 2126.
Um 9 Uhr 10 Min.:
Der grösste Operetten-Erfolg der letzten 2 Jahre.
Der Zauberer am Nil.
Bursche Ausstattungs-Operette sowie

das neue erstklassige Mai-Spezialitäten-Programm

Anfang täglich 8 Uhr (auch Sonntag).
Kunden liberal gestattet.

Letzte zwei Wochen. Barnum & Baileys

grösste Schaustellung der Erde.
Kurfürsten-Damm.

Heute um 3 und 8 Uhr und zweimal täglich um dieselbe Zeit.
Nur bis zum 10. Juni.

Die Sehenswürdigkeiten sind um 1 und 6 1/2 Uhr zu besichtigen. Billetverkauf um dieselbe Zeit an der Kasse.

Die Nachmittags-Vorstellungen sind garantiert dieselben wie am Abend.

Die Abnormitäten sind in dem Menagerie-Pavillon von 1 bis 4 1/2 Uhr und von 6 1/2 bis 9 1/2 Uhr ausgestellt.

Das die Nachmittags-Vorstellungen besuchende Publikum wird höflich gebeten, die Zelte um 6 Uhr zu verlassen, damit die Abend-Vorstellungen vorbereitet werden können.

Entree für sämtliche Sehenswürdigkeiten u. Sitzplatz für d. Circus-Vorstellung. Bessere Plätze 2 Mk. Reserv. u. nummerierte Plätze 3, 4 u. 6 Mk.

Kinder unter 10 Jahren zahlen die Hälfte für alle Plätze mit Ausnahme der 1 Mark-Plätze. Sämtliche Plätze sind nummeriert mit Ausnahme der 1 und 2 Mark-Plätze. 4 und 6 Mark-Plätze im Vorverkauf bei Paul Grimm m. Cigarren-Importhaus, Unter den Linden No. 47.

Deutsche Konzerthallen

Spandauer Brücke 3.
Eingig in seiner Art.
Ohne jede Konkurrenz.
Billegste Familien-Unterhaltung.
Wochent. abends 6 Uhr freies Entree.

Waffen-Konzerte.

Italien. Janitscharen. Banda Rocco. Tyroler Alpenjäger. Michel Böpp. Rumänisches Orchester. Valer. Österreichische Damentopple. Hangard. Theater-Abteilung: Abends 7 1/2 Uhr.

Reichshallen.

Täglich: Stettiner Sänger.
Anfang:
Wochentags 8 Uhr.
Sonntags 7 Uhr.
Entree 50 Pfennig.
Vorverkauf 40 Pf.

Schulze,

Wasserthorstr. 1/2, I.
Behandlung aller Haut-, Horn- und Blasenleiden ohne jegliche Bewusstseinsänderung. 3973L.
Sprechstunden 9-2 u. 5-9.
Tagesklinik abends 7-10 Uhr.
Bei Vorweisung der Verbandskarte 10 Gros.

Böhm'sche Malzbier-Brauerei

Emil Cantieni, 144702.
Colbergerstr. 19. T. M. II. 2309.
Prima Malz u. Weichbier zum Selbstbrauen, bestes und billiges Familiengetränk a. 10 Pf. Versand in Fässern a. 5 u. 10 Utr. frei Haus.

Belle-Alliance-Theater.

(Internationale Urania.)
Heute und folgende Tage:
Bis ans Ende der Welt.
Ein Schauspiel der Natur in 12 Bildern und einem Prolog von Dr. W. Wilhelm Meyer.
Anfang 8 Uhr.

Victoria-Theater.

Alexanderplatz.
Entfessle Walden-Jordan.
Großer Lacherfolg:
Die Kanonenkönigin.
Anfang 8 Uhr.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Apollo-Theater.

Um 9 Uhr:
Ein Abenteuer im Harem.
Bemer: 10 hervorragende Spezialitäten.
Kasseneröffnung 7 Uhr.
Anfang der Vorstellung 8 Uhr.
Am 1. Juni:
Venus auf Erden.

Blusen-Fabrik

für alle Gewerke.
Blaue Jacken, grade, schräge, m. Umlegekrag, mit Zug usw., von 1,25 bis 3,00.
Blaue Hosen, von 1,20 bis 3,00.
Kittel f. Maler, Mechaniker u. ähnl. Berufe von 1,75 bis 2,75.
Arbeitsblusen blau u. gestreift, kleine v. 0,90-1,35, grosse v. 1,00-2,00.
Graue Drilljacken und Hosen, verschiedene Formen, alle Weiten und Längen.
Alle andre Arbeitsbekleidung zu billigsten Preisen.
Louis Rosenthal, Jr.
C., Alexanderstr. 63, schräglüber d. Prenzlauerstr.

Wer-Stoff-hat

festige Anzug 20 Mk., feinste Zuthaten, saubere Arbeit, zwei Anproben. [47038]
!!! Ohne Konkurrenz !!!
!!! Ladelloser Eig !!!
Anzug - Reste, Paletot-Reste spottbillig.
Montag - Dienstag

Ludwig Engel,

Herrenbekleidung Münzstr. 26, part. Heber

500 000 Mk. verloren

werden jährlich von Schneidern gestohlen!
Da ich nur gegen Raube verkaufe, daher keine Verluste habe, bin ich im Stande.
für 25-45 Mark elegante Anzüge nach Maß.
für 25-42 Mark elegante Paletots nach Maß.
für 7-15 Mark elegante Bekleidung nach Maß zu liefern.

Hermann Graf

Schneidernmeister
Alexanderstr. 30.
2. Geschäft: Adalbertstr. 90, Ecke Oranienstr.

Fahrräder.

Stets großes Lager
erstklassiger Fabrikate auf Teilsahl, ohne Preisverhöhung, zu den constant. Zahl- u. Wegung. Katalog gratis.
Wenig gebrauchte Räder für Herren und Damen zu billigen Preisen unter Garantie.

Adomeit & Landau

Lothringerstr. 48 I.
Nicht am Reichthaler Thor.

Schulze,

Behandlung aller Haut-, Horn- und Blasenleiden ohne jegliche Bewusstseinsänderung. 3973L.
Sprechstunden 9-2 u. 5-9.
Tagesklinik abends 7-10 Uhr.
Bei Vorweisung der Verbandskarte 10 Gros.

„See-Terrasse“, Lichtenberg,

Röderstr. 6.
(Die breite Röderstr. verbindet das Steuerhaus Landsberger Allee mit dem Dorf Lichtenberg) Zu Fuss in 8 Min. v. den betr. Ringbahnstationen u. Haltestell. der elektr. Bahn erreichbar.
Vergnügungs-Etablissement I. Ranges 20 000 Personen fassend.
Täglich: Konzert der Römer Bersaglieri.
Täglich vorzügl. Elite-Programm im Variété-Theater. Kolossaler Lacherfolg!
Novität: „Lichtenberg auf Stelzen“
Tanz: Sonntag, Montag und Donnerstag.
Großer Vergnügungspark.
4 Kegelbahnen, 20 Ruderboote, Stellungen, Schutzhäuser für 100 Fahrräder. Familien können Kaffee kochen. Entree an Sonn- u. Wochentag. 10 Pf., an Feiertag- u. Feuerwerktag. 20 Pf., Kinder an allen Tagen frei.



Ausstellung im Zoologischen Garten.

Eröffnung am 1. Juni!!
Unsre neuen Landsleute
aus **Samoa.**
Urwald - Samoanisches Dorf. Tropenlandschaft.
Männer, Frauen, Kinder von Samoa. Die Dorfjungfrau von Falealupo. Krieger Matafaa und Malietoa.
Die Ausstellung „Samoa“ wird an tropischer Schönheit und Naturwahrheit alles bisher auf diesem Gebiet Gezeigte übertreffen.
Schön, interessant, lehrreich.

Kommandanten: **Neues Klub-Haus** Kommandantenstr. 72.
Jeden Sonntag, Mittwoch, Donnerstag: **Grosser Ball.** [45789]
Große und kleine Gäste mit Billige zu Veranlassungen, Festlichkeiten etc. zu vergeben. Einige Sonnabende u. Sonntage nach frei. H. Ebert.

Schweizer Garten

Am Königsthor. - Haltestelle der Ringbahn. - Am Friedrichshain.
Sonntag, 27. Mai
Garten-Konzert und Extra-Vorstellung.
Volksbelustigungen | Im Saal bis 2 Uhr
aller Art. **Früh-Konzert und Vorstellung.**
Am 1. u. 2. Pfingst- **feierstag:** Eintritt 30 Pf.
Beginn der Hauptferien und der tägl. Vorstellungen.
Extra-Vorstellung.

Zu den Feiertagen

versäume keine Hausfrau
ihren **gebrannten Kaffee** in

Kaiser's

Kaffee-Geschäft

zu kaufen. Von vorzüglicher Güte sind schon die Sorten zu 100 und 120 Pfennig pro Pfund.

Ueber 500 Filialen! Davon in Berlin und Umgegend:

- | | | |
|---|--|---|
| M.
Ackerstr. 111
Brunnenstr. 81
" 185
Müllerstr. 1.
" 165a
Weinbergsweg 5
Chaussee 28
Schönhäuser Allee 186a
Swinemünderstr. 87
Schwedterstr. 245a
Invalidenstr. 144
Chorinerstr. 20a
Badstr. 18
Franseckistr. 49
Danzigerstr. 90 | W.
Potsdamerstr. 59
Gleditschstr. 48
Goldstr. 35
Genthinerstr. 26
Lützowstr. 83
Neue Winterfeldtstr. 9
NO.
Gr. Frankfurterstr. 43
Gollnowstr. 11
NW.
Lübeckerstr. 20
Wilsnackerstr. 30
Heusselstr. 29
Turmstr. 30
Bredowstr. 43
SO.
Oranienstr. 1
Huskauerstr. 21
" 61
Neanderstr. 37
Wrangelstr. 23
" 54
SW.
Zossenerstr. 28
Bergmannstr. 93
Lindenstr. 110
Charlottenburg
Augsburgerstr. 59
Berlinerstr. 99 | Berlinerstr. 125
Dankelmannstr. 60
Kleiststr. 19
Pestalozzistr. 9a
Spandauerstr. 28
Tautenzienstr. 19
Wilmersdorferstr. 126
" 148
Köpenick
Schlossstr. 3
Friedrichsberg
Frankf. Chaussee 121
Rixdorf
Bergstr. 23
Hermannstr. 40
Rummelsburg
Schillerstr. 12
Schöneberg
Hauptstr. 139
Steglitz
Albrechtstr. 1 [4709L]
Spandau
Breitestr. 49
Neuendorferstr. 6
Potsdamerstr. 1a
Schönwalderstr. 87
Neu-Weissensee
Königs-Chaussee 32 |
|---|--|---|



Verlangen Sie gratis u. franko meinen illust. Katalog über **Fahrräder** u. Fahrradartikel u. Sie werden sich überzeugen, dass ich d. besten Qualität, mit 1 1/2 Jhr. Garantie, am billigsten - Wiederverk. gee. Deutsche Fahrrad-Industrie, Hannover, Brüderstr. 4.

Warenhaus A. Wertheim

Berlin, Leipzigerstrasse 132/133 • Rosenthalerstrasse 27/29 und 54 • Oranienstrasse 53/54.

Jacken-Kostüme

in verschiedenen Façons aus Covertcoat und Cheviot, **10,25 Mk.**
bisheriger Preis 18 bis 26 Mk.

aus Covertcoat und Tuch mit gefüttertem Jackett, **15,75 Mk.**
bisheriger Preis 27 bis 42 Mk.

Wein-Grosshandlung

Fabrik feinsten Liqueure

Hugo Beling.

Frischer Wai Frank

1/1 Flasche 50 und 60 Pf. inkl. Flasche.

Eigene Verkaufsstellen:

- Bad-Strasse 12 (neben der Markthalle).
- Bad-Strasse 56—Pank-Strasse 25.
- Blücher-Strasse 14.
- Brunnen-Strasse 96.
- Bülow-Strasse 5 (am Nollendorfplatz).
- Dresdener Strasse 125.
- Grüner Weg 91 (Andreasplatz).
- Invaliden-Strasse 143.
- Invaliden-Strasse 163 (neben der Markthalle).
- Königsberger Strasse 28.
- Kottbuser Damm 7.
- Kottbuser Damm 14.

- Landsberger Strasse 40.
- Linden-Strasse 103 (neben der Markthalle).
- Oranien-Strasse 14a (Heinrichsplatz).
- Oranien-Strasse 58a (Moritzplatz).
- Reinickendorfer Strasse 21 (Weddingplatz).
- Rosenthaler Strasse 11-12.
- Schönhauser Allee 187 (am Schönhauser Thor).
- Weidenweg 64 (am Baltenplatz).
- Wilsnacker Strasse 57 (Eingang Dreys-Strasse).
- Wrangel-Strasse 20.
- Weissensee: König-Chaussee 47b.

Schäumende Liebe

19 ein erfrischendes und der Gesundheit förderliches Getränk.

→ Champagner ähnlich, ←
doch fast alkoholfrei.

Zu haben in unseren 46852*
160 Niederlagen

Preis 30 Pf. exkl. Abgabe.

Hermann Meyer & Co.
Berlin O., Frachtstr. 74.
Verkauft nach Ausweis nicht unter
30 Flaschen gegen Rücknahme.

Seitervasser
gr. Fl. 5 Pf. Limonade 10 Pf.

Würzburger Hühneraugenmittel

von Dr. H. Unger. — Gegen 30 Pfennig auf 10 Pf. Anwendung frei!
Ohne Arznei die bequemste u. wirksamste Hilfe. Der Schmerz ist in 5 Min.
ort. Das Hühnerauge selbst in 3 Tagen. (Enthält Salicylsäure u. indischen
Ganzkraut.)
Hauptdepot in Berlin (20 Pf.) Salomon-Apothek, Charlottenstr. 9.
München: Schützen-Apothek. Stuttgart: Hirsch-Apothek. Breslau:
Victoria-Apothek. 46192*

Jedes **5 Pfennig.**
Wort: **5** Nur das erste
Wort fett. Worte mit mehr als
15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen.

Anzeigen für die nächste
Nummer werden
in den Annahmestellen für Berlin
bis 2 Uhr, für die Vororte bis 1 Uhr,
in der Hauptredaktion Poststr. 3
bis 4 Uhr angenommen.

<h3>Verkäufe.</h3> <p>Restaurant, gangbares, billig zu verkaufen. Schulz, Schwartzenstr. 15. 7131</p> <p>Restaurant (Zahlst.) ist sofort billig zu verkaufen. Näheres Parochenstr. 63 im Schankhof.</p> <p>Wardienhand Große Franzfurterstr. 9, parterre. 7150</p> <p>Elegante vorjährige Herrenhosen feinste Stoffe 9-12 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21 II.</p> <p>Stegeln, Schlossstr. 76, Ede Händlungsstr. 10, jeder fertiger Herren-, Knaben- und Arbeiter-Garderobe. Anfertigung nach Maß zu soliden Preisen. Fritz Hamburg.</p> <p>Betten, prachtvoller Stand, 12,00, zweifach 16,50, Gubenstr. 3, Wandteine. 7150*</p> <p>Betten, Steppbetten, Gardinen preiswürdig. Verkauft Reanderstr. 6.</p> <p>Teppiche mit Farbenflecken, Hofmeisterstraße Große Franzfurterstr. 9, parterre.</p> <p>Rufbaummöbel, Stube, Küche, preiswürdig, auch einzeln, Gartenstr. 32A, vorn I links. 777</p> <p>Möbelfabrik, Oranienstr. 2a, Tischspinde 37, Spiegelspinde 24, Küchenstühle, Küchenstühle, Küchenschrank 5, Kleiderstühle, Tischspinde, Auszugstische 15, Säulenstühle, Küchenstühle, Warmwasserleitungen 27, Tischspinde 95, Ponceletstr. 75. Vollständige Einrichtungen aller Art. Eventuell Teilzahlung unter soliden Bedingungen. 1492*</p> <p>Mittelschiff mit Rolle verkauft Brügger, Röllingstr. 103a. 11786</p>	<p>Remontierarbeiten, Regulatoren preiswürdig. Verkauft Reanderstr. 6.</p> <p>Teppiche, preiswürdig. Verkauft Reanderstr. 6.</p> <p>Schlaffasche, Tischspinde, Spindeln, Spiegel, auffallend billig. Stallmeisterstr. 43 parterre. 12306</p> <p>Tamendrüsen billig. Verkauft Bergweg 13b. 9183</p> <p>Harmonium, Klavier, Solin, Klavier, Pianin, Cello, Unterricht für Unbemittelte. Oranienstr. 118. 12380</p> <p>Fahrrad verkauft. Verkauft Bergweg 13b. 7140*</p> <p>Fahrräder, Teilzahlung, wichtige Anzählung. Verkauft vierhundert Maschinen, Bahnen, 18 Hund, Strohschlepper, Luxus-Damenräder, Juwelier, Kinderwagen, Anhängewagen direkt aus Fabrik. Imperial-Tiefendruckstr. 33. 11808*</p> <p>Fahrräder, erfindlich, zu Engrospreisen im Ruhelager, Kommandantenstr. 46 I. Teilzahlung gestattet. Abonnement dieses Blattes Rabatt. 11626</p> <p>Nähmaschinen von Fräulein, Turmstr. 29, liefert jedes System ohne Anzahlung wöchentlich 1 Mark, fünfjährige Garantie. Gebrauchs- (preiswürdig) Postkarte erbeten sofort.</p> <p>Waschmaschinen, Sparfüßen, Preis 6,00, Dreifach 10,00, Waschräder 12,00, Gasheizmaschinen, Schneider-Maschinen, preiswürdig. Teilzahlung. Wollauer, Wallner-Teaterstr. 32. (Rein Baden). 7036</p> <p>Abnehmer Feld-, Gartenbrunnen, Tisch-, Stühle, Bänke, Spaten, billige. Karl Kaufmann, Röllingstr. 19, am Urban. 2115*</p> <p>Bayrischer Bier 45 Flaschen 3 Mark, Brauerer Andreasstr. 63. 12326</p> <p>Steppbetten aus billigsten Fabrik. Große Franzfurterstr. 9, parterre.</p>	<p>Patent-Schlaffasche, Rahmengerät, Spiegelspinde, Preiswürdig, Säulen-Spiegel, Preiswürdig. Verkauft Ankerstr. 20, Keller. 1902*</p> <p>Schlaffasche, 30 Mark, wie neu, Blumenstr. 11c, Topesier. 223</p> <p>Schwarzplatten, Gebirgsplatten, feinste Säuger 4,50, junge Stare, Drosseln zum Anlernen 1,50 Pf., Buchhaken 1 Mark, Reizen 50 Pf., Briefkasten 1. 226</p> <p>Kinderwagen 9.-, 15.- bis 100.-, Baby, Ankerstr. 160 (Brunnenstr.) Teilzahlung gestattet, bei großen Raten Kaufpreis. 1456*</p> <p>Kinderwagen, Neuen, Ankerstr. 115 (Andreasstr.) Teilzahlung gestattet, bei großen Raten Kaufpreis.</p> <p>Kinderwagen, überall. Preiswürdig, Baby, Spanden, Potsdamerstr. 30, Teilzahlung gestattet, bei großen Raten Kaufpreis.</p> <p>Sportwagen 5.- bis 30.-, Baby, Teichstr. 18 (Rein Baden). Teilzahlung gestattet, bei großen Raten Kaufpreis.</p> <p>Sportwagen, Baby, Brunnenstr. 32, Teilzahlung gestattet, bei großen Raten Kaufpreis.</p> <p>Bettstellen 8.- bis 60.-, Baby, Chausseest. 8, Teilzahlung gestattet, bei großen Raten Kaufpreis.</p> <p>Bettstellen, Baby, Reimendorferstr. 24, Teilzahlung gestattet, bei großen Raten Kaufpreis.</p> <p>Kinderstühle, Baby, Charlottenburg, Reimendorferstr. 55, Teilzahlung gestattet, bei großen Raten Kaufpreis.</p> <p>Kinderwagen auf Teilzahlung ohne Preisermäßigung, Baby, Oranienstr. 31 (Rein Baden). Teilzahlung gestattet, bei großen Raten Kaufpreis.</p>	<p>Tadelloses Fahrrad verkauft umhändelbar, 56 Mark, Garantie. V. Roy, Waldstr. 53, Quergebäude 4 Treppen. Abends 6-7.</p> <p>Sofa, preiswürdig, billig, Schulz, Bergmannstr. 107, vorn IV. 1271b</p> <p>Nähmaschinen, beste Ringstich-Maschinen ohne Anzahlung, wöchentlich 1 Mark, fünfjährige Garantie. Postkarte. Landwehrstr. 35, Rein Baden. 12708</p> <p>Fahrrad, gut erhalten, billig zu verkaufen. Hagen, Landwehrstr. 149, Eingang Langensiedstr. 764</p> <p>Räder, Herrenrad und Damenrad, gut erhalten, billig zu verkaufen. Wiesenstr. 41-42 bei Uebeln. 4131</p> <p>Fahrräder, verlässliche, tolle Auswahl, neue deutsche erfindliche Räder, 100,00 Mark. Verkauft, Neue Schönhauserstr. 11. 839</p> <p>Junge Stare 1,00, sechs 5,00, junge Singdrosseln 1,25, Buchhaken 1,00. Bierant, Röllingstr. 34.</p>	<p>Verkaufszimmer Simeonstr. 23, Bild. 174K*</p> <h3>Vermietungen.</h3> <p>Mietsgesuche.</p> <p>Möblierte Schlafstelle sucht Herr, separat, alleiniger Mieter. Offerten Schneider, Postamt 19. 1293b</p> <p>Genosse mit Bett sucht separate Schlafstelle allein, preiswürdig. Karl Gehrt, Reifstr. 18. 7125</p> <h3>Schlafstellen.</h3> <p>Fremdliche Schlafstelle für einen Herrn, Rosenthalerstr. 60, vorn 4, Herrmann. 1264b</p> <p>Möblierte Schlafstelle Brandenburgstr. 82, vorn 4 Treppen links.</p> <p>Bessere Schlafstelle Reichenbergerstr. 61a, 1 Treppe rechts. 7114</p> <p>2 Genossen finden gute Schlafstelle bei Fr. Ding, Gräffstr. 35. 1243b</p> <h3>Arbeitsmarkt.</h3> <p>Stollengesuche.</p> <p>Minder Stuhlrechter bittet um Arbeit. Stühle werden gut geflochten, dieselben werden abgeholt und zurückgeleitet. Götter, Poststr. 27. 881*</p> <h3>Stellungsangebote.</h3> <p>Kartonschneiderinnen, grübler, Lehrling verlangt Ritterstr. 78.</p>	<p>Vauburschen, Sohn achtbarer Eltern mit guten Zeugnissen, suchen Dienst u. Schreiber, Dresdenstr. 81.</p> <p>Nähmaschinen und Spinnerei werden verlangt. Schmidt, Wilmannsstr. 9, Bildori. 224</p> <p>Farbmacher und Barockgoldschmied verlangt. Verkauft, Schillingstr. 28.</p> <p>Junge Mädchen zur Erlernung der Maschinerie und für leichte Handarbeit sucht Frau Katerbow Nachstr. Goldbergerstr. 8. 12736</p> <h3>Solide Verkäuferinnen</h3> <p>solider Sache an Frauen sucht B. Schilling Verlag, Vera. Reut. Nähmaschinen, flott eingearbeitet, haben sofort angenehme Beschäftigung. C. J. Schroeder, Kunsthandlung, Dögelstr. 53/54. 12726</p> <h3>Achtung, Tischler!</h3> <p>Achtung! der Meister sind die Tischler in der Bauhofsstr. von Stiebitz & Köpchen, Charlottenburg, entlassen worden. Die Werkstatt ist folgendermaßen bis auf weiteres gesperrt. 881*</p> <p>Die Ortsverwaltung Charlottenburg.</p> <h3>Achtung, Drechsler!</h3> <p>Bei der Firma Voeltzkow, Ritterstr. 15, haben 15 Kollegen wegen Differenzen die Arbeit niedergelegt. 881*</p> <p>Die Ortsverwaltung.</p>
---	---	--	--	---	--

Kommunales.

Die Zahl der von städtischen Gaskanälen gespeisten Gasmesser betrug am 1. Mai 1898 ca. 115 000 Stück und erhöhte sich bis zum 1. Mai 1900 auf ca. 140 000. Da jeder der bestehenden Revisioneninspektionen nunmehr die Aufsicht über ungefähr 10 000 Gasmesser zuübt, während nur die Zahl von 6000 angemessen erscheint, hat die städtische Gasdeputation in ihrer gestern unter Vorsitz des Stadtrats Ramblan abgehaltenen Sitzung beschlossen, den Gemeindevorstand zu empfehlen, die Zahl der Revisioneninspektionen, welche bis jetzt 18 betrug, um 8 zu vermehren und den Termin hierfür möglichst zum 1. Januar 1901 festzustellen. — Betreffs der Gasautomaten wurde berichtet, daß die Versuche noch nicht (:) zum Abschluß gelangt sind, jedoch werden dieselben in großem Umfang fortgesetzt werden. Es wird erwartet, daß man bereits im September d. J. zu einem endgültigen Resultat gelangen werde.

Lokales.

Tausendertausend Flugblätter

find am Sonntag in Berlin und den Vororten von unsern Parteigenossen und Genossen verbreitet worden. Soweit uns bekannt, ging diese Arbeit glatt von statten; das opferwillige Eintreten tausender Arbeiter und Arbeiterinnen für die Grundsätze ihrer Partei scheint diesmal auch bei den Behörden nicht auf Widerstand gestoßen zu sein.

Keine andre politische Partei darf sich rühmen, eine solche Organisation für sich wirken lassen zu können, in keiner andern herrscht aber auch so innig die Ueberzeugung, daß es mit der mechanischen Thätigkeit allein nicht gethan ist. Das Wort im Flugblatt, so wirkungsvoll es sein mag, wird in den Kreisen, worauf es berechnet ist, unter dem harten Druck materiellen Glucks und geistiger Verflüchtung bald vergessen, wenn ihm nicht die ständige mündliche Belehrung, die dauernde, intensive Agitation des Einzelnen nachhilft. Und in dieser Erkenntnis werden die Frauen und Männer, die am Sonntag wie bei früheren Gelegenheiten Trepp auf und Trepp ab gingen, es auch an weiterer Arbeit nicht fehlen lassen. Sie wissen, daß trotz der 150 000 Wahlstimmen, die für unsre Partei bei den letzten Reichstagswahlen gezählt wurden, auch in der Reichshauptstadt noch unendlich viel zu thun ist, daß es die Bedeutung der Arbeiterorganisation wie die Bedeutung der Arbeiterpresse noch den meisten derer klar zu machen gilt, die nur bei der Wahl ihre politische Pflicht erfüllen. In dieser schwierigen Arbeit werden unsre Mitkämpfer und Mitkämpferinnen auch in Zukunft nicht erlahmen!

Die Omnibus-Angestellten.

Noch nicht allzuviel Zeit ist verstrichen, seitdem die Maurer energisch gekämpft haben, um den Lohn für eine Tagesarbeit von neun Stunden, in welche eine einstündige Mittagspause und zwei halbstündliche Pausen für Frühstück und Wespertrot eingeschoben sind, von 5,40 auf 5,95 M. zu steigern. Noch stehen wir unter dem Eindruck der Arbeitseinstellung der Angestellten der Straßenbahn, welche durch ihre Unmüdigkeit eine eifrigere Arbeitszeit und eine sehr nützliche Gehaltssteigerung erreicht haben nebst einer Pensionsklasse. Da dürfte es im allgemeinen Interesse liegen, darauf hinzuweisen, daß es eine Klasse von Arbeitern in Berlin giebt, die für 18stündige Arbeit 2,90 und 3,50 M. empfangen und daneben solche, die für sechs- und achtstündige Arbeit 2,50 M. erhalten. In die 18stündige Arbeitszeit ist nicht einmal eine Mittagspause eingeschoben, sondern die Arbeiter müssen in der Regel in 8 bis 9 Minuten ihr Mittagbrot hinunter-schlucken. Denn von bestimmtem Essen kann in so kurzer Zeit keine Rede sein.

Wer sind diese bedauernswürdigen Arbeiter mit dem menschlichen Dasein, die auf jedes Familienleben in dem christlichen Staate verzichten müssen?

Es sind die Angestellten der ältesten Berliner Omnibus-Gesellschaft, einer der reichsten Aktien-Gesellschaften Berlins. Den höchsten Lohn erhalten die Kutscher, die zweite Zahl bezieht sich auf die Conducteure, die letzte auf die Stallknechte. Wer das hört, muß sich fragen, wie es nur möglich sei, daß solche Angestellte bei den Berliner Wohnungsverhältnissen eine Familie ernähren kann. Die Antwort lautet für den in diese Verhältnisse Eingeweihten: Diese Menschen können ihre Familien nicht ernähren, wenigstens nicht so, daß die Menschenswürde dabei gewahrt wird, noch so, daß das Staatswesen nicht erheblichen Schaden dabei erleidet. Entweder nämlich wird die einzige Stütze an Schlafleute vermietet, und die ganze Familie — die Kinderzahl ist oft sehr groß — schläft in der Straße; oder die Kinder müssen durch Ausfragen von Bettelungen und Nachfragen sich auf Kosten ihrer eignen Gesundheit ernähren. Und wie ist die Ernährung dieser Leute, wie kann sie sein bei den Preisen unsrer wichtigsten Nahrungsmittel, deren Steigerung durch das berühmte Fleischbeschau-Gesetz noch weiter vorwärtst!

Man muß die Bedürfnisse gesehen haben, aus der die Mittagsmahlzeit zu einer Familie besteht, um zu begreifen, wie die „Tuberkulose“ genannte Volksseuche entsteht.

Was sollen die schönsten Heilstätten und Heilanstalten, während hier in finsternen Wohnungen bei elenderer Ernährung die Tuberkulose der Kinder geiztet wird? Hier werden die schönsten Theorien von Vererbung und angeborener Anlage (Disposition) zu Schanden, wenn man sieht, wie kräftige Leute, die aus Sommer- oder Westpreußen hergekommen sind, blühende Kinder zeugen, und wie in wenigen Monaten und spätestens in wenigen Jahren aus diesen blühenden Säuglingen erbarmungswürdige Geschöpfe mit Drüsenentzündungen, Chronruß und Knochenkrach werden; und wie viel von ihnen werden durch Hirnhaut-, Darm- und Lungen-tuberkulose dahingerafft! Wir fragen uns und wir fragen die Nacht-laber: Muß das sein und muß das so bleiben? Die Antwort hierauf giebt die soeben vom Reichstag angenommene Novelle zur Gewerbe-Ordnung. Da heißt es in § 130c:

„In offenen Verkaufsstellen usw. ist den Gehilfen, Lehrlingen und Arbeitern nach Beendigung der Arbeitszeit eine ununterbrochene Ruhezeit von mindestens zehn Stunden zu gewähren.“

Ist es, so schreibt man uns, denn anstrengender, Cigarren zu verkaufen, als einen Omnibus durch das Gewühl der Großstadt zu lenken oder von früh bis spät auf dessen Triebrett zu stehen? Und wenn man über die Interessen der Ladeninhaber, denen es wahrlich oft genug schwer wird, die teure Miethen zu erwirnen, mit Gleichmuth hinweggehen kann, warum müssen die Aktiengesellschaften schon sein, deren Direktoren Riesengehälter beziehen und deren Aktien seit Jahr und Tag befähigt stehen? Würde die Regierung diesen Leuten einmal eine „Novelle“ beschicken, — dann wird es weniger traurige Romane geben! Aber was wird von einer Regierung zu erwarten sein, deren socialpolitische Weisheit in den am 21. Mai im Abgeordnetenhaus gehaltenen Ministerreden festharrt?

Kirche und socialer Glend. Die Archidionese Berlin I war gestern versammelt. Es gab da das übliche Wehklagen über die Unzufriedenheit, gegen die die Polizei heftend einschreiten soll, da die Kirche allgemach einsteht, daß ihr selbst in den oberen für Erhaltung der Religion animierten Gesellschaftsklassen, geschweige denn in den unteren jeztliche Mangel zu bekümmern ist. Die Unzufriedenheit stehe, so sagt der Berichterstatter Superintendent Kreibitz, trotz aller Polizeiaufsicht nach wie vor in äppiger Blüte. Selbst harmlosen jungen Leuten werden abends auf der

Strasse die Kellamezzel von Lokalen mit Damenbedienung in die Hand gedrückt, und die Prostitution sei aus den Straßen, wo sie sich einmal eingemischt, nicht zu vertreiben, in erschreckender Weise nehmen die Selbstmorde zu, die vielen ungesühnten Kapitalverbrechen reizen, wie es scheint, zur Nachfolge. Während Berlin von dem flüchtigen Besucher als die schönste und sauberste Stadt der Welt gerühmt werde, spiele sich in den Hinterhäusern so mancher Vorgang ab, der als Lustspiel beginne und mit einer Tragödie ende, und während unsre Stadt bei Tage vom Sonnenglanz des Industrielebens, des Weltverkehrs und unzähliger Kunstschöpfungen durchflutet werde, zeige uns Berlin bei Nacht das licht-schwere Treiben der Lebewelt und verkommenen Existenzen.

In den Zeitungsmeldungen, die sich auf die Verhandlungen beziehen, war keine Silbe von einem Eingehen auf die socialen Zustände zu finden, die das, was von den Fremden unter der Andeutung Unzufriedenheit abgethan wird, als naturnotwendige Folge nach sich ziehen. Köstlich war es allerdings in seiner Art, daß der Bericht des Superintendenten den preussisch-deutschen Nationalheros Bismarck wenn auch nur leise als den Vertreter eines Realismus an-sprach, der selbst die Bedenken eines zariführenden politischen Rechtsbewußtseins beiseite schiebe. Aber dieser sanfte Vorwurf, der dem Berichterstatter von den altdeutschen Patrioten gewiß arg verdacht werden wird, war auch so ziemlich alles, was auf die raube Wirklichkeit der Dinge Bezug nahm. Sonst mußte zum Ueberflus die Vinsensuaheit konstatiert werden, daß die forcierte Frömmigkeit und die sonstigen modern-kirchlichen Mittel sowohl auf die socialen Schäden, wie überhaupt auf die Denkwelt der Bevölkerung ohne Einfluß sind.

Der Bericht erwähnte noch, daß man mit dem Offenhalten der Kirchen zu „killein Abendgebet“ in der Diocese bisher keinen Versuch gemacht, weil für solche aus der katholischen Kirche entlehnte Erneuerung ein Bedürfnis nicht vorlag. General-Superintendent Haber hob demgegenüber hervor, daß diese von der Kaiserin ausgegangene Erneuerung keineswegs die Nachahmung einer katholischen Einrichtung sein sollte, sondern in kirchlich evangelischem Sinne gedacht sei. Ueber das Bedürfnis und das Empfinden der Kirchen offen zu halten, entwickelte sich eine längere Erörterung, in welcher das pro und contra ziemlich gleichmäßig vertreten war. Ein Beschluß wurde nicht gefaßt. Man kann solche Versuche ohnedies schon wegen ihrer Wirkungslosigkeit unterlassen, und der Streit wegen etwaiger Konkurrenz mit der katholischen Kirche hat aus diesem Grunde nur einen durchaus akademischen Charakter. Eine Kirche, die sich so abhängig vom heutigen Polizei- und Militärstaat fühlt, wie die evangelische, hat auch wahrlich kein Recht, sich darüber zu beschweren, daß keines der von ihr verachteten Mittel geeignet ist, das verlorene Vertrauen der Bevölkerung wieder-zugewinnen.

Kriegervereins-Christentum. Sonntagnachmittag wurde der Allgemeine der Steinweggenossenschaft, Herr Vorkauf, nach dem Heilandskirchhof in Blüthensee zu Grabe getragen. Vorkauf stand bei Freund und Feind wegen der Lauterkeit seines Charakters in hohem Ansehen, sein Wort galt seit langen Jahren viel unter den Angehörigen des Vereins. Als alter Gewerkschaftler, den schon 1872 den ersten Steinweggenossenschaft-Ausstand geleitet hatte, war er bis zu seinem Lebensende für seine Vereinsorganisation thätig, und auch an der Leitung des letzten Streiks im vorigen Jahr hatte er, obgleich schon ein Veteran, ganz wesentlichen Anteil. Es stellt der Pietät wie dem Gefühl für Recht und Sitte unter den Meistern des Steinwegvereins ein ehrendes Zeugnis aus, daß sie vor dem Tode der Kämpfe vergaßen; in einem besonderen Rundschreiben hatte der Innungs-Vorstand die Meister gebeten, sich an der Begräbnisfeierlichkeit zu beteiligen, und zahlreich waren sie gleich den Arbeitern, für die der Tote gekämpft hatte, zur Stelle erschienen.

Vorkauf war nicht allein ein Veteran der Gewerkschaftsbewegung, sondern auch Veteran des blutigen Kriegs. Er hatte als Soldat drei Feldzüge mitgemacht und aus alter Gewohnheit gehörte er einem Kriegerverein, dem Berliner Landwehverein an. Auch diese Korporation nahm teil an dem Leichzuge, der sich von der Birkenstraße aus nach Blüthensee in Bewegung setzte. In der Nähe des Schützenhauses erfolgte eine auffallende Störung unter den mit feierlicher Ruhe dahinschreitenden Leidtragenden. Keiner wußte recht, was es zu bedeuten hatte, daß sich aus den vorderen Reihen des langenzugs plötzlich eine Gruppe loslöste und geschlossen an den übrigen Teilnehmern vorbei, mitten auf dem Weg umkehrte. Erst die Insassen der letzten Trauerwagen sollten sich über den Grund der peinlichen Störung klar werden. Der Anführer der Schar hatte seine Getreuen vollends formiert und sprach dann im Kommandoton die von tiefem religiösen Empfinden getragenen Worte: Kameraden, an einem Leichbegängnis, wo Kränze mit roten Schleifen mitgeführt werden, hat der Landwehverein keine Veranlassung, Parade zu machen.

Die mutigen Krieger und ihr mutiger Führer belamen ein paar derbe Worte des Unmuts mit auf den Weg. Es waren zwar keine Arbeiter, die aus dem Trauerwagen heraus ihrer Entrüstung Luft machten. Die engeren Kollegen des Toten, die mehr in der Mitte des Zuges marschierten, waren von der kriegervereinslichen Auffassung von Pietät nicht das schärfste gewahr geworden. Aber auch, was die Herren „Kameraden“ von Juniorsmeistern zu hören belamen, genügte, um ihnen den Standpunkt klar zu machen.

Und noch ein Stück praktisches Christentum. Uns wird gefürchtet: Auf dem Friedhof der Friedensgemeinde zu Nieder-Schönhausen ist unter Parteigenossen Zimmerer Ernst Schulz am Sonntag beerdigt worden. Der 511. Berliner Reichstags-Wahlbezirk hatte dem Toten einen Kranz mit roter Schleife gespendet, ebenso die organisierten Zimmerer. Als die Leidtragenden dem Friedhof betraten, kam der Inspektor ihnen entgegen und forderte sie auf, die Schleifen zu entfernen oder sie unsichtbar zu verdecken. Die Leidtragenden fanden keinen Anlaß, dieser Aufforderung nachzukommen, entgegen dem Inspektor vielmehr, daß sein Verhalten unangenehm sei. Kummere drohte der Beamte, von seinem Hausrecht Gebrauch zu machen und die Kranzträger vom Kirchhof zu weisen. In Ruhe wollte man jetzt, wie die Witwe des Verstorbenen mit der Verwaltung vereinbart hatte, die Leiche vom Keller in die Halle bringen. Abermals kam der Inspektor und stellte dem Gefolge die Wahl, entweder auf die Aufbahrung der Leiche zu verzichten oder sich damit zufrieden zu geben, daß den Kranzträgern das Betreten der Halle verboten werde. Ihm wurde von den Leidtragenden entgegnet, daß der Betrag für Benutzung der Halle im voraus bezahlt wäre. Der Beamte gab darauf das bezahlte Geld zurück und erklärte kategorisch, daß er die Beerdigung so lange beanstande, bis alles rote von den Kränzen entfernt sei. Um weiterem Skandal aus dem Wege zu gehen, sagten die Leidtragenden sich dem Verlangen und trugen die Leiche vom Keller geradenwegs zur Gruft. So waren Christentum und Staat wieder einmal gerettet.

Endlich ist Willy Gluth aus der Haft entlassen worden! Alle Welt war seit Wochen überzeugt, daß der Verhaftete, soweit sich aus den bisher bekannt gewordenen Indizien schließen ließ, an der Ermordung der Lehrerin Medenwaldt ebenso unschuldig sei, wie sein Bruder und sein Vater. Nur Polizei und Gericht waren der Meinung, daß der schwächliche Willy Gluth die trotz ihres Alters rüstige und fortpulente Dame umgebracht haben müsse. Um den ebenso schweren wie auf den ersten Blick unholsternen Verdacht zu rechtfertigen, mußten Polizei und Gericht bedeutsam geheimnisvolle Gründe haben, die zur rechten Zeit schon die Welt in Erstaunen setzen würden.

Nun hat sich ergeben, daß unter den wochenlangen Seelenqualen — von den schweren, vielleicht in langer Zeit nicht wieder gut zu machenden materiellen Schädigungen abgesehen — die der hartgeprüften Familie Gluth von der Behörde bereitet worden sind, völlig unschuldige Personen gelitten haben, daß die Kriminalbeamten über die Beziehungen der Familie Gluth zu der Mordthat nicht mehr wußten, als andre Leute auch und daß diese Arbeit, die an dem armen Willy Gluth verwendet worden ist, umsonst war. Vorbeim hat die Kriminalpolizei sich auch in der Mordaffaire Medenwaldt wahrlich nicht erungen.

In der Angelegenheit wird noch mitgeteilt, daß die Frau Schubert aus Spandau, die gegen den Schlosserjungen Heinrich Langenberg so ungeheuerliche Beschuldigungen erhob, in ihrer Heimat als Querculantin bekannt ist. Auf ihre Angaben wird kein Wert gelegt. Mit der Tochter der Frau Schubert sieht es ebenso wie mit ihr selbst. Die Familie Gluth hat neuerdings den Verdacht in eine andre Richtung gelenkt, auf einen Mann, der in jener Gegend zu thun hat und der in dem Hause, in dem Fräulein Medenwaldt wohnte, öfter gesehen worden ist, ohne daß er dort etwas zu suchen habe.

Auf Grund des Jubiläen- Versicherungsgesetzes ist der durchschnittliche Jahresarbeitsverdienst der land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter für den Stadtkreis Berlin, wie wir bereits in unserer Nummer vom 1. Mai d. J. mitteilten, vom Polizeipräsidenten neu festgestellt worden. Wie jetzt die Gewerbe-Deputation des Magistrats bekannt macht, hat der Polizeipräsident angeordnet, daß die festgesetzten neuen Sätze des durchschnittlichen Jahresarbeitsverdienstes land- und forstwirtschaftlicher Arbeiter für den Stadtkreis Berlin mit dem 1. Juni d. J. in Wirksamkeit treten sollen.

Bei der gestrigen Wahl eines Obermeisters für die Zwangsinnung der Berliner Tapezierer unterlag der bisherige Obermeister Herr Hugo Arch mit 222 Stimmen. Abgegeben wurden 488 Stimmen, davon erhielten Herr Brose 355 Stimmen, Herr Arch 183 Stimmen.

Militärjustiz. Aus einem eigentümlichen Grunde hat kürzlich ein Arbeiter mit Hilfe der Militärjustiz drei Tage Mittelarrest zu dickert erhalten. Am Abend nach der Kontrollversammlung, zu der er als Reservist erscheinen mußte, traf der Mann in dem Vororte, wo er wohnt, einen socialdemokratischen Reichstags-Abgeordneten auf der Straße und ging mit diesem auf wenige Augenblicke in ein Lokal, wo der Abgeordnete eine Versammlung abzuhalten hatte. Dieser Vorgang war von einem Genarmen beobachtet worden. Der Beamte, der den Arbeiter kannte, meldete das Ereignis dem Amtsvorsteher und dieser sand den Fall bedeutsam genug, um ihn der Militärbehörde zu unterbreiten. Das Ergebnis war, wie schon mitgeteilt, drei Tage Mittelarrest, die auch richtig abgedrückt werden mußten. Es sei bemerkt, daß das Lokal, in welches der Reservist ging, keineswegs zu den für Soldaten verbotenen gehört. Die Verbindung socialdemokratischer Gesinnung, denn um dies Delikt handelte es sich, wurde vielmehr einzig darin gefunden, daß der Arbeiter sich mit dem Reichstags-Abgeordneten unterhalten hatte.

28 Fälle gewaltsamen Todes sind in der Woche vom 6. bis 12. Mai gemeldet worden, davon 15 als Selbstmorde und 13 als Unfälle. Unter den Unfällen wurden allein 8 durch Ueberfahren herbeigeführt. Eine gleich hohe Zahl tödlicher Verunglückungen durch Ueberfahren in einer einzigen Woche ist bisher noch nicht beobachtet worden.

Die Verbreiterung der Artilleriestraße wird noch in diesem Jahre mit der Vereiung des zwischen Johanns- und Fiegelstraße gelegenen Engpasses ihr Ende erreichen. Die Häuser Artilleriestraße 15 und 16, die mit ihrer Front weit über die neue Baufluchtlinie hinausragen, werden am 2. Juni auf Abbruch verkauft. Nach Befestigung des Engpasses wird auf der Straßenbahnlinie Mittelstraße-Bankow auch an dieser Stelle zweigleisiger Betrieb statt des bisherigen eingleisigen eingerichtet werden.

Sonderzüge. Nächsten Freitag wird eine Zusammenstellung der Sonderzüge erwünscht sein, welche im Laufe des Sommers von Berlin aus zu besonders ermäßigten Preisen fahren. Hier sind die wichtigsten aufgezählt:

- Nach Bieenthal (II. 2,00 M., III. 1,50 M.), Eberswalde (II. 2,00 M., III. 1,50 M.), Niederfinow, Falkenberg, Freienwalde a. O. (II. 2,50 M., III. 2,00 M.) und Chorin (II. 2,50 M., III. 2,00 M.) bis auf weiteres an sämtlichen Sonn- und Festtagen. — Nach Dahmsdorf-Müncheberg (II. 3,00 M., III. 2,00 M.) bis auf weiteres an allen Sonn- und Festtagen. Alles Weitere bezüglich dieser sämtlichen Sonderzüge ist aus den Bekanntmachungen zu ersehen, die auf den Bahnhöfen und an den Straßenständen von Fall zu Fall zum Ausbhang gebracht werden. — Nach Stettin (II. 6,00 M., III. 3,00 M.) am 2. und 8. Juni und (sobann bis auf weiteres an jedem Sonnabend. — Nach Swinemünde und Heringsdorf (II. 6,50 M., III. 6,50 M.) vom 17. Juni bis auf weiteres an jedem Sonntag. — Nach Hamburg (II. 17,00 M., III. 11,00 M.), Altona (II. 17,00 M., III. 11,00 M.), Glücksburg (II. 30 M., III. 20,00 M.), Kiel (II. 24,00 M., III. 16 M.), Helgoland (II. 32,00 M., III. 24,00 M.), Weserland (II. 30,00 M., III. 25,00 M.), Bglt a. B. oder Wittidun-Armun (II. 35,00 M., III. 29,00 M.), Rorderney (II. 37,00 M., III. 29,00 M.), Vortum (II. 47,00 M., III. 30,00 M.) am 2. Juni, 7. 14. und 28. Juli sowie am 14. August (am 2. Juni nur nach Hamburg, Altona, Helgoland, Kiel und Glücksburg). — Nach Dresden (II. 10,00 M., III. 7,00 M.) und Schandau (II. 13,00 M., III. 8,00 M.) am 2. Juni, 8. und 15. Juli sowie am 15. August. — Nach dem Riesengebirge (Friedberg a. O. oder Samedeberg oder Petersdorf a. N.) (II. 18,00 M., III. 12,00 M.) am 2. Juni, 7. und 18. Juli sowie am 15. August vom Görlitzer Bahnhof. — Nach Frankfurt a. M. (II. 45,00 M., III. 36,00 M., III. 26,00 M.), nach Straßburg (I. 70,00 M., II. 50,00 M., III. 35,00 M.), nach Freiburg oder Triberg (II. 53,00 M., III. 37,00 M.) und Basel (I. 70,00 M., bezw. 84,00 M., II. 57,00 M., bezw. 61,00 M., III. 40,00 M., bezw. 42,00 M.) am 30. Juni vom Potsdamer Bahnhof über Nordhausen-Webra-Weihenburg, am 5. und 6. Juli vom Potsdamer Bahnhof über Nordhausen-Webra-Frankfurt a. M. — Heidelberg, am 7. Juli vom Anhalter Bahnhof über Eisenach-Frankfurt a. M. — Weihenburg, am 14. Juli vom Potsdamer Bahnhof über Nordhausen-Webra-Frankfurt a. M. — Weihenburg, sowie am 15. August vom Anhalter Bahnhof über Eisenach-Webra-Heidelberg. (Der Zug am 5. Juli ist zur ausschließlichen Aufnahme der Berliner Reisenden bestimmt.) — Nach Wien (Nordbahnhof) über Dresden-Oderberg (II. 40,00 M., III. 23,00 M.) in der Nacht vom 8. zum 7. Juli. — Nach Wien (Nordwestbahnhof) über Eistertverda-Teichau (II. 36,00 M., III. 21,00 M.) am 15. Juli. — Nach Stuttgart (II. 43,00 M., III. 30,00 M.), Friedrichshafen (II. 55,00 M., III. 39,00 M.) und Ulm (II. 49,00 M., III. 34,00 M.) am 20. Juli. — Nach München (II. 43,00 M., III. 30,00 M.), Kuffstein (II. 49,00 M., III. 34,00 M.), Salzburg oder Bad Reichenhall (II. 53,00 M., III. 37,00 M.) und Lindau (II. 57,00 M., III. 40,00 M.) am 2., 6., 7. und 14. Juli sowie am 15. August. (Der Zug am 7. Juli und der erste Teil der übrigen fahre und zur ausschließlichen Aufnahme der Berliner Reisenden bestimmt.)

Die gestrige Sonnenfinsternis konnte bei dem klaren Himmel des schönen Nachmittags vorzüglich beobachtet werden. Auf den Straßen hatte sich namentlich die wissenschaftliche Jugend zur Beobachtung aufgestellt, und beruchte Glascherden waren in begehrteten Artikeln. Die Männer der Wissenschaft haben zum Teil weite Expeditionen in Länder, wo die Verfinsternis eine vollständige war, unternommen. Hoffentlich war auch für sie das Ergebnis der großen Mühen befriedigend.

